

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1982

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen	25	Der Ausbau des Bildungswesens in den 70er Jahren spiegelt sich in der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für den Bildungssektor wider.
Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften	29	Der Wandel der sektoralen Produktionsstruktur und die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bestimmen die Beschäftigtenstruktur eines Wirtschaftsraumes. Die Analyse der über einen längeren Zeitraum zu beobachtenden Entwicklungstendenzen bildet die Grundlage einer Vorausschätzung des künftigen Arbeitskräftebedarfs.
Insolvenzen 1975 bis 1981	34	Die Zahlen über die Insolvenzen sind ein Spiegelbild der konjunkturellen Entwicklung. Die Unternehmenszusammenbrüche erreichten 1981 den Rekordstand von 454.
Die Bedeutung der Erbschaftsteuer im Steuersystem	38	Die Erbschaftsteuerstatistik vermittelt einen Gesamtüberblick über die erbschaftsteuerpflichtigen Vermögensübergänge und erlaubt Rückschlüsse auf die Bedeutung der Erbübergänge für die Vermögensbildung bzw. die Auflösung von Vermögen.
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1981	43	Schäden durch Spätfröste in den Weinbergen und während der Obstblüte waren bestimmend für geringere Erträge an Wein und Obst. Die Gemüsekulturen brachten hohe Ernten.
Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Überdurchschnittlicher Anstieg der Bildungsausgaben

In den 70er Jahren stiegen in Rheinland-Pfalz die Schülerzahlen der Sonderschulen (+ 43%), der Realschulen (+ 86%), der Gymnasien (+ 40%) und der berufsbildenden Schulen (+ 16%) erheblich an. Noch expansiver war die Entwicklung der Studenten, deren Zahl 1980 mehr als doppelt so hoch war wie 1970.

Die Ausgaben von Land und Kommunen für das Bildungswesen betrugen im Zeitraum 1970 bis 1979 annähernd 25 Mrd. DM. In dieser Zeit wurden die Bildungsausgaben kontinuierlich gesteigert. Beliefen sie sich 1970 noch auf 1,3 Mrd. DM, so waren es fünf Jahre später bereits 2,6 Mrd. DM. 1979 erreichten sie einen Betrag von 3,5 Mrd. DM, das sind fast 170% mehr als im Jahre 1970 gegenüber einem Anstieg der gesamten Ausgaben von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden um 106%. Der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben erhöhte sich damit von 18,8% auf knapp ein Viertel. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 25

Wachsender Arbeitskräftebedarf im tertiären Sektor

Nach einer Fortschreibung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970, die der Erwerbstätigenprognose des Statistischen Landesamtes zugrundeliegt, ist die Zahl der in rheinland-pfälzischen Betrieben und Arbeitsstätten Beschäftigten seit Beginn der siebziger Jahre rückläufig. Nachdem der Strukturwandel in der Landwirtschaft bereits seit 1949 den Arbeitskräftebedarf in diesem Sektor drastisch reduziert hatte, geht seit 1973 auch die Beschäftigtenzahl im produzierenden Gewerbe tendenziell zurück. Der Dienstleistungsbereich konnte die Arbeitsplatzverluste in den beiden anderen Sektoren bis zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend ausgleichen, seit 1973 hat das verlangsamte Wirtschaftswachstum aber auch im tertiären Sektor die Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze eingeschränkt. Trotzdem dürfte der Dienstleistungsbereich auch in Zukunft noch weitere Mitarbeiter beschäftigen können, während der Arbeitskräftebedarf in der Land- und Forstwirtschaft und im produzierenden Gewerbe voraussichtlich weiter zurückgehen wird.

Allerdings ist die Tendenz in den einzelnen Wirtschaftsbereichen keineswegs einheitlich. Etwas vereinfachend läßt sich feststellen, daß die konsumnahen Bereiche in der Regel eine ungünstigere Entwicklung aufwiesen, die sich wohl auch in der Zukunft fortsetzen wird. Da diese Bereiche stärker an der Binnenachfrage orientiert sind, wird sich der anhaltende Bevölkerungsrückgang hier zunehmend bemerkbar machen. Dagegen können die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie das investitionsgüterproduzierende Gewerbe auf längere Sicht zur Stabilisierung der Beschäftigung beitragen. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 29

Zahl der Konkurse stark angestiegen

Infolge der konjunkturellen Abschwächung erhöhte sich 1981 in Rheinland-Pfalz die Zahl der Insolvenzen auf 619. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 39%. Auch das bisherige Höchstergebnis aus dem Jahre 1976, als 545 Insolvenzen registriert wurden, ist damit deutlich überschritten worden. Nahezu drei Viertel aller Insolvenzen betrafen 1981 Erwerbsunternehmen. In 165 Fällen mußten andere Gemeinschuldner, wie private Personen, Nachlass und sonstige, ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren beantragen.

Die nicht im Handelsregister eingetragenen Unternehmen und die Einzelfirmen stellten 1975 bis 1981 etwa die Hälfte aller insolventen Erwerbsunternehmen. Der hohe Anteil erklärt sich daraus, daß sie mehr als 80% der am Wirtschaftsprozess beteiligten Unternehmen ausmachen. Als besonders insolvenzanfällig erwiesen sich die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Mit 208 Insolvenzen war deren Konkursquote siebenmal größer als bei den übrigen. Als Ursachen hierfür können neben dem niedrigen Stammkapital - mehr als 60% der GmbH hatten bis zu 20 000 DM Stammkapital - und dem gegenüber anderen Rechtsformen geringeren Eigenkapitalanteil, welcher sich insbesondere in Hochzinsphasen nachteilig auf die Liquidität auswirken kann, angeführt werden.

Im gesamten Zeitraum lag die Insolvenzhäufigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen unter dem Bundesdurchschnitt, zum Teil sogar erheblich. So wurde beispielsweise im Jahre 1977 in Rheinland-Pfalz eine Insolvenzquote gemessen, die um 35% geringer war als in den übrigen Bundesländern. Im Jahre 1981 betrug der Abstand 23%. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 34

Besseres Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft erreichte im Jahre 1981 dank der sehr guten Auslandsnachfrage ein reales Wachstum von 0,9%. Unter den Flächenländern des Bundesgebietes rangiert Rheinland-Pfalz damit gemeinsam mit Niedersachsen nach Schleswig-Holstein an zweiter Stelle. Im Bundesdurchschnitt stagnierte die reale Wirtschaftsentwicklung (— 0,0%).

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität, das heißt das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen, erhöhte sich in Rheinland-Pfalz 1981 um 1,4%.

Gemessen in jeweiligen Preisen beziffert sich das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt 1981 auf 83,4 Mrd. DM (+ 4,7%).

Dies sind die Ergebnisse einer ersten zwischen den Statistischen Landesämtern abgestimmten Berechnung. ge

Chemische Industrie hat sich behauptet

Entscheidenden Anteil an dem realen rheinland-pfälzischen Wirtschaftswachstum von knapp 1% im Jahre 1981 hatte die Produktion von Industrie und Handwerk. Diese lag um knapp 2% höher als im Vorjahr. Die Hauptstütze dieser Entwicklung war der Investitionsgüterbereich mit einem Produktionsplus von 4,5%. Insbesondere der Straßenfahrzeugbau mit Reparaturdienst (+ 17%) und der Maschinenbau mit Büromaschinen und ADV-Geräten (+ 8%) konnten ihre Produktionsleistung erheblich steigern. Gut behauptet hat sich auch die chemische Industrie mit einem um reichlich 2% gesteigerten Ausstoß. fn

Fahrzeugbestellungen durch das Ausland + 40%

Der Auftragseingang bei Industrie und Handwerk überschritt in Rheinland-Pfalz im Jahre 1981 das Vorjahresergebnis um 5,3%. Maßgebend für diese relativ günstige Entwicklung war die kräftig gestiegene Auslandsnachfrage (+ 21%) bei rückläufiger Geschäftstätigkeit auf dem Inlandsmarkt (- 3,5%). Die größte Zunahme der Auslandsbestellungen verbuchte der Straßenfahrzeugbau (einschließlich Schiff-, Luft- und Raumfahrzeugbau) mit einem Plus von über 40%. fn

Angestellte im Dienstleistungsbereich verdienten 4,8% mehr

Die Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in Rheinland-Pfalz sind von 1980 auf 1981 um 4,8% auf 2 373 DM gestiegen. Gleichzeitig nahmen die Gehälter in der Industrie, im Hoch- und Tiefbau um 5,7% auf 3 454 DM zu.

Männliche kaufmännische Angestellte im Dienstleistungsbereich verdienten 3,3% mehr (2 871 DM), weibliche 6,6% (1 935 DM). Daß Frauen im Vergleich zu den männlichen Angestellten weniger verdienen, liegt daran, daß sie, namentlich im Handel, häufig geringerwertige Arbeiten oder befristete Saisonarbeit ausüben. ze

Benzin billiger, Strom und Gas teurer

Im Januar sind in Rheinland-Pfalz Normal- und Superbenzin bis zu 3,6% billiger geworden, während der Preis für Dieselkraftstoff unverändert blieb. Der Literpreis für extra leichtes Heizöl stieg bei einer Abnahme von 5 000 Litern im Durchschnitt um 2 Pfennig auf 79 Pfennig (+ 2,9%). Strom und Gas kosteten fast 3% mehr als im Dezember 1981, im Vergleich zum Januar 1981 sogar 13 bzw. 12%. sn

Eigentumswohnungen stärker gefragt

Jede achte im Jahre 1981 in Rheinland-Pfalz zum Bau genehmigte Wohnung war eine Eigentumswohnung. Im Vergleich zu 1980 hat die Zahl der genehmigten Eigentumswohnungen um fast ein Drittel auf 3 000 zugenommen.

Gleichzeitig hielt die fallende Tendenz bei Ein- und Zweifamilienhäusern (- 21%) an. Die Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern stieg im Vergleich zu 1980 um 5%. el

11% weniger Wohnungen genehmigt

Im November 1981 sind in Rheinland-Pfalz 11% weniger Wohnungen zum Bau genehmigt worden als im November 1980. Damit liegt die Zahl der Genehmigungen - wie schon im September und Oktober - weiterhin unter 2 000. Als Ursache werden die derzeit ungünstigen Finanzierungsbedingungen und die hohen Baulandpreise angesehen. ne

Nur in kleineren Gemeinden fehlen Lebensmittelgeschäfte

557 der 2 303 rheinland-pfälzischen Gemeinden sind ohne ein Lebensmittelgeschäft. Es handelt sich zu meist um kleinere oder gar Kleinstgemeinden. Die Einwohnerzahl dieser Gemeinden belief sich auf insgesamt 128 400. Das sind 3,5% der Einwohner aller Gemeinden. Kein Lebensmittelgeschäft haben 515 der 1 159 Gemeinden mit weniger als 500 Einwohner. In der Größenklasse von 500 bis 1 000 Einwohnern beläuft sich der Anteil auf 38 von 534 Gemeinden. Die größte Gemeinde ohne ein Lebensmittelgeschäft ist Gusterath mit 1 860 Einwohnern. Besonders hoch ist die Zahl der Gemeinden ohne Lebensmittelgeschäfte in den Landkreisen Bitburg-Prüm (117) und Rhein-Hunsrück (61). sr

Zwei von drei Gästezimmern mit Bad/Dusche und WC

Im Jahre 1981 gab es in Rheinland-Pfalz 514 große Fremdenverkehrsbetriebe mit 50 und mehr Betten. Fast die Hälfte waren Hotels. Die Betriebe verfügten über 23 300 Gästezimmer und 4 700 sonstige Wohneinheiten mit insgesamt 60 000 Betten.

Mehr als die Hälfte der Gästezimmer waren Doppel- und 44% Einzelzimmer. Zwei Drittel hatten Bad oder Dusche und WC.

Zum Angebot dieser Betriebe zählen 160 haus-eigene Hallen- oder Freibäder, 158 Betriebe hatten eine Sauna oder ein Solarium. gz

Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen

Im vorliegenden Beitrag werden die Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände der zurückliegenden Jahre für das Bildungswesen nach der Finanzstatistik dargestellt. Im staatlichen Funktionenplan sind unter dem Bildungswesen die Bereiche vorschulische Bildung, allgemeinbildende Schulen, berufsbildende Schulen, Hochschulen einschließlich Hochschulkliniken, Förderung des Bildungswesens und das sonstige Bildungswesen subsumiert (Funktionsziffern 111, 12—15). Nicht einbezogen werden im folgenden die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, soweit sie außerhalb von Hochschulen anfallen, und die Ausgaben für Kunst und Kultur, also für Theater, Musikpflege, Museen und ähnliches.

Anstieg der Schüler- und Studentenzahlen

Die Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben im Zeitraum 1970 bis 1980 kann nicht isoliert von der Entwicklung der Zahl der Schüler und Studenten an rheinland-pfälzischen Schulen und Hochschulen gesehen werden. Bei den allgemeinbildenden Schulen war zwar insgesamt gesehen ein leichter Rückgang der Schülerzahl um 7,3% auf rund 526 000 festzustellen, der aber ausschließlich durch die Entwicklung bei den Grund- und Hauptschülern bestimmt wurde, deren Zahl zwischen 1970 und 1980 um gut ein Viertel zurückging. Demgegenüber stiegen jedoch die Schülerzahlen bei den übrigen allgemeinbildenden Schulen zum Teil erheblich, und zwar insbesondere bei den Realschulen um 86% und bei den Gymnasien um knapp 40%.

Im Bereich der berufsbildenden Schulen - einschließlich derjenigen des Gesundheitswesens - war die Zahl der Schüler 1980 mit 169 370 um 16,4% höher als 1970. Darunter expandierten die Berufsschüler, die mit 129 427 den größten Block bilden, mit + 10,7% nur unterdurchschnittlich, während die Schülerzahlen der beruflichen Gymnasien (+ 178%), der Fachoberschulen (+ 69%), der Berufsfachschulen (+ 52%) und der Fachschulen (+ 22%) erhebliche Steigerungsraten aufwiesen. Lediglich die Berufsaufbauschulen wurden 1980 von weniger Schülern besucht als zehn Jahre zuvor (- 38%).

Eine besonders expansive Entwicklung nahmen in den 70er Jahren die Studenten an den rheinland-pfälzischen Hochschulen, deren Zahl sich in dieser Dekade mehr als verdoppelte. Von den 38 370 Studenten des Sommersemesters 1980 entfiel mit 27 450 der ganz überwiegende Teil auf die Universitäten Mainz,

Trier und Kaiserslautern. Damit gab es 1980 nahezu 170% mehr Studierende an rheinland-pfälzischen Universitäten als zehn Jahre vorher, nachdem die Universitäten Trier und Kaiserslautern den Studienbetrieb im Wintersemester 1970/71 aufgenommen hatten. Eine erhebliche Zunahme der Studentenzahlen verzeichneten auch die Fachhochschulen. Bei ihnen waren 1980 insgesamt 7 910 Personen eingeschrieben, das sind 76% mehr als 1970 die damaligen Ingenieur- und höheren Wirtschaftsfachschulen auswies, die ab dem Wintersemester 1971/72 den Hochschulstatus zuerkannt erhielten. Rückläufig war die Zahl der EWH-Studierenden, die 1980 um 37% geringer war als 1970.

Die teilweise beträchtliche Zunahme der Schüler- und Studentenzahlen an den Schulen und Hochschulen während der 70er Jahre löste hohe bauliche und personelle Ausgaben für das Land, aber auch für die Kommunen aus. Das Bildungswesen umfaßt nicht nur den Schul- und Hochschulbereich, doch fallen diese Bereiche finanziell am stärksten ins Gewicht.

Seit 1970 wachsende Ausgaben für das Bildungswesen

In den Jahren 1970 bis 1979 gaben Land, Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bildungssektor annähernd 25 Mrd. DM aus. Bei diesem Betrag - wie auch bei den im folgenden dargestellten Beträgen - handelt es sich um die sogenannten unmittelbaren Ausgaben. Sie umfassen die eigenen Ausgaben der Gebietskörperschaften sowie die Zahlungen an den nichtöffentlichen Bereich, nicht aber die Zahlungen an den öffentlichen Sektor. Bei den unmittelbaren Ausgaben sind die von anderen öffentlichen Körperschaften erhaltenen Zuweisungen nicht abgesetzt.

Die Ausgaben für den Bildungsbereich wurden in Rheinland-Pfalz in den 70er Jahren kontinuierlich gesteigert. Dies gilt auch für Jahre mit rezessiver Wirtschaftsentwicklung und damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen, wie 1975, wenngleich die Zuwachsraten der Bildungsausgaben hier etwas geringer ausfielen. Beliefen sich die Ausgaben für das Bildungswesen 1970 noch auf 1,3 Mrd. DM, so waren es fünf Jahre später bereits 2,6 Mrd. DM. 1979 erreichten sie 3,5 Mrd. DM, das sind fast 170% mehr als 1970. Diese Steigerungsraten sind deutlich höher als der Anstieg der staatlichen und kommunalen Ausgaben insgesamt, welche 1975 um 72% und 1979 um 106% über denen von 1970 lagen. Zieht man von den gesamten öffentlichen Ausgaben die Bildungsausgaben ab, so ergibt

sich, daß die restlichen Ausgaben 1979 lediglich um 92% größer waren als der entsprechende Wert von 1970.

Aus dieser divergierenden Entwicklung resultiert auch, daß der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten Ausgaben, der 1970 18,8% betrug, seither stetig angestiegen ist, und zwar über 21,3% im Jahre 1975 auf 22,8% (1977), 23,4% (1978) und 24,4% im Jahre 1979. Somit wurde in den letzten Jahren annähernd jede vierte Mark, die vom Land und den Kommunen ausgegeben wurde, für Schulen, Hochschulen und das sonstige Bildungswesen aufgewendet. Bezieht man die Ausgaben für den Bildungssektor auf die Einwohnerzahl, so gaben 1970 Land und Kommunen 360 DM je Einwohner aus, fünf Jahre später waren es 695 DM und 1979 schon 967 DM. Für das Rechnungsjahr 1980 liegen bisher nur die Daten des Landes vor. Danach beliefen sich in diesem Jahr die Bildungsausgaben auf 2,5 Mrd. DM, das sind 29% der staatlichen Ausgaben insgesamt.

Über die Hälfte der Bildungsausgaben für die allgemeinbildenden Schulen

Im folgenden werden die Bildungsausgaben von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden für die fünf Jahre 1975 bis 1979 zusammengefaßt dargestellt. Eine Betrachtung der Jahre vor 1975 wäre nur mit Einschränkungen möglich, da mit Einführung der neuen Haushaltssystematik im kommunalen Bereich ab 1975 die Vergleichbarkeit mit den Daten nach altem Recht nur bedingt gegeben ist. Es erfolgt eine Differenzierung

sowohl nach den wichtigsten Aufgabenbereichen des Bildungssektors als auch nach ausgewählten Ausgabearten. Die Zusammenfassung zu einem fünfjährigen Betrachtungszeitraum wurde vorgenommen, um eventuelle Zufallsschwankungen einzelner Positionen soweit wie möglich auszuschalten.

Im Zeitraum 1975 bis 1979 brachten Land und Kommunen zusammen 14,9 Mrd. DM für das Bildungswesen auf. Der mit Abstand größte Posten entfiel mit 8,4 Mrd. DM auf die allgemeinbildenden Schulen, das sind 56% der gesamten Bildungsausgaben. Rechnet man die Kindergärten zum allgemeinbildenden Bereich, so erhöht sich der Betrag um weitere 430 Mill. DM (2,9%). In den Hochschulbereich flossen 3 Mrd. DM, also gut ein Fünftel der Gesamtsumme. Ein Anteil von jeweils 8,3% entfiel auf die berufsbildenden Schulen sowie die Förderung des Bildungswesens einschließlich sonstiges Bildungswesen. Die Schülerbeförderungskosten machten knapp 2% der Ausgaben für den Bildungsbereich aus. Der Rest verteilte sich auf Ausgaben für die Unterrichtsverwaltung und übrige Bildungsausgaben.

Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen dominierten in absoluten Zahlen die Ausgaben für die Grund- und Hauptschulen mit 4,7 Mrd. DM oder 31% der gesamten Ausgaben für den Bildungsbereich. Die entsprechende Quote der Gymnasien betrug 13,4%, was einem Betrag von 2 Mrd. DM entspricht. Für Realschulen wurden 727 Mill. DM (4,9%) ausgegeben, für Sonderschulen 678 Mill. DM (4,5%) und für Gesamtschulen 294 Mill. DM (2%).

Ausgaben je Schüler bei den Sonderschulen am höchsten

Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn man die absoluten Ausgabenposten der einzelnen Schularten in Relation zu den Schülerzahlen setzt. Hierbei wurden die Schülerzahlen des Schuljahres 1977/78 als dem mittleren Jahr des Betrachtungszeitraums zugrunde gelegt. Sieht man einmal von den Gesamtschulen ab, bei denen bestimmte Sonderfaktoren vorliegen, so zeigt sich, daß die relativ höchsten Ausgaben im Sonderschulbereich getätigt wurden. Im Zeitraum 1975 bis 1979 betrugen die Ausgaben insgesamt 34 300 DM je Sonderschüler, das sind durchschnittlich 6 900 DM pro Jahr, wobei hier die laufenden wie auch die investiven Ausgaben berücksichtigt sind. Mit diesem Durchschnittsbetrag liegen die Sonderschulen deutlich über den vergleichbaren Beträgen der anderen Schularten, was sich mit den speziellen Gegebenheiten dieses Schultyps begründen läßt. So sind Sonderschulen im allgemeinen personalintensiver als andere Schularten. Denn zum einen bedeuten die üblicherweise niedrigeren Klassenfrequenzen eine geringere Schüler-Lehrer-Relation. Zum anderen werden teilweise zusätzlich zum eigentlichen Lehrpersonal noch pädagogische Fachkräfte zur Betreuung körperlich und geistig behinderter Schüler eingesetzt. Weitere Faktoren, die sich bei den investiven und den sächlichen Verwaltungsausgaben bemerkbar machen, sind der größere Raumbedarf je Schüler, die Notwendigkeit von besonderen baulichen Maßnahmen und Vorrichtungen sowie von speziellen technischen und sonstigen Hilfsmitteln.

Schüler und Studenten an öffentlichen und privaten Schulen und Hochschulen 1970 - 1980¹⁾

Schulart Hochschulart	1970	1977	1980	
			ins- gesamt	Verän- derung zu 1970
Anzahl			%	
Allgemeinbildende Schulen	567 153	592 842	526 059	- 7,3
Grund- und Haupt- schulen	426 712	383 618	309 022	- 27,6
Sonderschulen	12 625	19 773	18 094	43,3
Realschulen	37 056	67 913	68 924	86,0
Gymnasien	90 760	119 438	126 845	39,8
Integrierte Gesamt- schulen	-	2 100	2 904	-
Waldorfschulen	-	-	270	-
Berufsbildende Schulen	145 455	137 737	169 368	16,4
Berufsschulen	116 921	102 602	129 427	10,7
Berufsfachschulen	12 764	16 812	19 335	51,5
Berufsaufbauschulen	3 521	2 420	2 198	- 37,6
Fachoberschulen	1 856	3 227	3 129	68,6
Berufliche Gymnasien	776	1 847	2 160	178,4
Fachschulen	5 548	4 753	6 775	22,1
Schulen des Gesund- heitswesens	4 069	6 076	6 344	55,9
Hochschulen	18 687	34 201	38 365	105,3
Universitäten	10 248	22 996	27 448	167,8
Erziehungswissen- schaftl. Hochschule	3 746	3 180	2 375	- 36,6
Sonstige wissenschaft- liche Hochschulen	195	292	634	225,1
Fachhochschulen	4 498	7 733	7 908	75,8

1) Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen: Schuljahre 1970/71, 1977/78 und 1980/81; Hochschulen: jeweils Sommersemester 1970, 1977, 1980.

Der zweithöchste Betrag je Schüler betraf mit 16 700 DM oder 3 340 DM im Jahresdurchschnitt die Gymnasien. Das entspricht knapp der Hälfte der Summe, die je Sonderschüler ausgegeben werden mußte. Für jeden Grund- und Hauptschüler gaben Land und Kommunen dagegen von 1975 bis 1979 rund 12 200 DM aus, während sich der entsprechende Betrag bei den Realschülern nur auf 10 700 DM belief. Zum Vergleich: die 1,2 Mrd. DM, die in den Jahren 1975 bis 1979 in den Bereich der berufsbildenden Schulen flossen, entsprechen knapp 9 000 DM je Schüler. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der überwiegende Teil der Schüler berufsbildender Schulen in Teilzeitform unterrichtet wird, also beispielsweise - wie vielfach bei Berufsschülern der Fall - nur einmal wöchentlich die Schule besucht. Um die Teilzeitschüler mit den Vollzeitschülern vergleichen zu können, ist eine entsprechende Umrechnung erforderlich. Es ergeben sich dann rund 16 600 DM an Ausgaben je Schüler für den Zeitraum 1975 - 1979, also durchschnittlich 3 300 DM pro Jahr.

Innerhalb des Hochschulbereichs betraf der größere Teil der Ausgaben die Universitäten, auf die 1,4 Mrd. DM oder 9,5% der gesamten Bildungsausgaben 1975 bis 1979 entfielen, sowie die Universitätskliniken Mainz, die 8% (1,2 Mrd. DM) auf sich vereinigten. Die Erziehungswissenschaftliche Hochschule war mit 127 Mill. DM (0,9%) beteiligt, die Fachhochschulen mit 247 Mill. DM (1,7%) sowie die sonstigen Hochschulen mit 19 Mill. DM (0,1%). Bezogen auf die Studentenzahlen des Sommersemesters 1977 beliefen sich die Bildungsausgaben des fünfjährigen Betrachtungszeitraums bei den Universitäten auf rund 62 000 DM je Student, das sind 12 400 DM im Jahresdurchschnitt. Die Ausgaben für die Universitätskliniken in Mainz blieben hierbei allerdings unberücksichtigt, da sie nur zu einem Teil dem Bildungswesen dienen, zum anderen Teil aber der Krankenversorgung zugerechnet werden müssen und eine Trennung wegen fehlender diesbezüglicher Angaben in der Finanzstatistik nicht möglich ist. Die Ausgaben für die Erziehungswissenschaftliche Hochschule ergeben einen Betrag von 40 000 DM pro Studenten, wogegen der entsprechende Wert der Fachhochschulstudenten bei 31 900 DM lag, das ist etwas mehr als die Hälfte des Pro-Kopf-Wertes im Universitätsbereich.

Drei Fünftel der Bildungsausgaben betrafen Personalausgaben

Eine Differenzierung der Aufwendungen für das Bildungswesen nach Ausgabearten zeigt, daß mit knapp 9 Mrd. DM allein drei Fünftel der gesamten Ausgaben dieses Aufgabenbereichs (14,9 Mrd. DM) zwischen 1975 und 1979 auf die Personalausgaben (ohne Versorgungsbezüge) entfielen. Die Gründe dafür liegen zum einen darin, daß der Bildungsbereich sehr personalintensiv ist. Zum anderen handelt es sich bei einem Großteil der dort Beschäftigten um Personal mit Hochschulausbildung (Lehrer, Professoren) und entsprechendem Gehaltsniveau.

In den 70er Jahren erfolgte im Rahmen des Ausbaus des Bildungswesens eine beträchtliche Ausweitung des Lehrpersonals. Nach den Ergebnissen der Schulstatistik ergibt ein Vergleich der Schuljahre 1970/71

Unmittelbare Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt sowie für das Bildungswesen 1970 - 1979

Jahr	Unmittelbare Ausgaben insgesamt		Unmittelbare Ausgaben für das Bildungswesen			
	Mill. DM	1970=100	Mill. DM	1970=100	DM je Einw.	Anteil in %
1970	6 985,4	100,0	1 312,2	100,0	359,96	18,8
1971	8 389,9	120,1	1 771,3	135,0	482,68	21,1
1972	9 319,7	133,4	2 019,2	153,9	547,89	21,7
1973	10 328,1	147,9	2 219,0	169,1	600,01	21,5
1974	11 495,5	164,6	2 428,9	185,1	657,22	21,1
1975	12 014,2	172,0	2 556,3	194,8	695,12	21,3
1976	12 272,8	175,7	2 687,0	204,8	734,90	21,9
1977	12 961,9	185,6	2 957,5	225,4	811,34	22,8
1978	13 766,0	197,1	3 217,5	245,2	885,35	23,4
1979	14 417,1	206,4	3 512,9	267,7	967,49	24,4

und 1980/81 folgendes Bild: die Anzahl der voll- oder teilzeitbeschäftigten Lehrer an allgemeinbildenden Schulen erhöhte sich um 37,5% auf 28 123. Während die Steigerungsrate bei den Grund-, Haupt- und Sonderschulen knapp 25% betrug, waren es bei den Gymnasien + 56% und bei den Realschulen + 109%. An den berufsbildenden Schulen waren 1980 insgesamt 4 564 Lehrer tätig, das sind 83% mehr als 10 Jahre zuvor.

Erhebliche Personalsteigerungen weist nach der Personalstandsstatistik auch der Hochschulbereich auf. 1980 gab es dort, ohne Berücksichtigung des Personals der Universitätskliniken, 73% mehr Vollbeschäftigte als 1970, wobei die Zuwachsrate bei den Universitäten + 83%, bei der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule + 14% und bei den Fachhochschulen + 70% ausmachte. Diese Personalszuwächse spiegeln sich in der Höhe der Personalausgaben wider.

Sachinvestitionen von über 2 Mrd. DM

Ein Anteil von 14,1% der gesamten Bildungsausgaben entfiel 1975 bis 1979 mit 2,1 Mrd. DM auf den laufenden Sachaufwand. Diese Position betrifft vornehmlich die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, die Bewirtschaftung der Grundstücke, die Zahlung von Mieten und Pachten sowie die Zinszahlungen an den nichtöffentlichen Bereich. Die Sachinvestitionen erreichten in diesem Zeitraum ebenfalls 2,1 Mrd. DM oder 14,1% der gesamten Ausgaben, wobei die Baumaßnahmen mit einer Quote von 11,3% gegenüber dem Erwerb von beweglichen (2,5%) und von unbeweglichen (0,3%) Sachen des Anlagevermögens dominierten. 1,8 Mrd. DM, das sind 11,8% der Ausgaben für das Bildungswesen, zahlten Land und Kommunen schließlich an die sogenannten anderen Bereiche, also an nichtöffentliche Empfänger. Hier handelt es sich in der Hauptsache um Zahlungen für solche Einrichtungen und Institutionen im Bildungsbereich wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen und sonstige Bildungseinrichtungen, die in privater, freigemeinnütziger oder konfessioneller Trägerschaft geführt werden. Diese Einrichtungen erhalten von der öffentlichen Hand vielfach Zuschüsse für laufende Zwecke und für Investitionen, weiterhin auch Schuldendiensthilfen oder Darlehen, weil sie Aufgaben im Bildungswesen wahrnehmen, die andernfalls der Staat übernehmen müßte.

Unmittelbare Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Bildungswesen
nach Ausgabearten und Aufgabengebieten 1975 – 1979

Aufgabengebiet	Ins- gesamt	Per- sonal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Sachinvestitionen				Zahlungen an andere Bereiche
				zu- sammen	Bau- maß- nahmen	Erwerb von unbeweg- lichen Sachen	Erwerb von beweg- lichen Sachen	
Mill. DM								
<u>Unterrichtsverwaltung, Schulen und vorschulische Bildung</u>	10 680,5	7 056,0	1 272,4	1 566,7	1 371,7	32,5	162,5	785,4
Allgemeinbildende Schulen	8 376,0	5 755,1	812,1	1 313,3	1 167,9	29,3	116,1	495,5
Grund- und Hauptschulen	4 680,9	3 436,8	503,8	684,5	618,4	18,3	47,8	55,8
Sonderschulen	677,7	382,1	61,3	114,1	97,5	2,4	14,2	120,2
Realschulen	726,5	558,1	64,6	65,0	54,7	0,5	9,8	38,8
Gymnasien	1 996,7	1 350,7	144,3	236,1	205,7	4,0	26,4	265,6
Gesamtschulen	294,2	27,4	38,1	213,6	191,6	4,1	17,9	15,1
Kindergärten	430,1	159,6	36,3	40,6	36,8	0,7	3,1	193,6
Berufsbildende Schulen	1 235,2	830,9	104,3	206,8	163,9	2,5	40,4	93,2
Berufliche Schulen	1 183,0	800,6	93,4	202,4	161,9	2,5	38,0	86,6
Fachschulen	52,2	30,3	10,9	4,4	2,0	-	2,4	6,6
Schülerbeförderung	286,9	0,7	286,2	-	-	-	-	-
<u>Hochschulen</u>	3 013,9	1 827,5	528,7	521,0	306,3	16,3	198,4	136,7
Universitäten	1 424,0	846,6	208,9	368,2	242,9	3,0	122,3	0,3
Hochschulkliniken	1 197,2	693,1	274,1	108,1	44,6	13,3	50,2	121,9
Erziehungswissenschaftliche Hochschule	127,3	101,0	16,3	9,8	5,6	-	4,2	0,2
Fachhochschulen	246,7	182,0	21,8	28,6	13,2	0,0	15,4	14,3
Sonstige Hochschulen	18,7	4,8	7,6	6,3	-	0,0	6,3	-
<u>Förderung des Bildungswesens und sonstiges Bildungswesen</u>	1 236,9	74,1	297,8	21,4	10,4	0,5	10,5	843,6
Volkshochschulen	38,4	7,2	4,9	0,6	0,5	-	0,1	25,7
Insgesamt	14 931,3	8 957,6	2 098,9	2 109,1	1 688,4	49,3	371,4	1 765,7

Aus der Struktur der Ausgaben ergibt sich, daß in den Jahren 1975 bis 1979 Land, Gemeinden und Gemeindeverbände annähernd drei Viertel aller im Bildungssektor eingesetzten Finanzmittel für den laufenden Betrieb der eigenen Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen usw. ausgegeben haben, wenn man die Anteile der Personalausgaben (60%) sowie des laufenden Sachaufwands (14,1%) zusammenrechnet. Die Sachinvestitionen spielten dagegen im Durchschnitt des mehrjährigen Betrachtungszeitraums mit einem Anteil in Höhe eines Siebtels der Bildungsausgaben eine geringere Rolle.

Land trägt die Personalkosten der Lehrer, Kommunen stellen den Sachbedarf

Nach § 60 des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes werden die öffentlichen Schulen entweder in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft geführt. Schulträger ist im Grundsatz gemäß § 63 SchulG bei Grund- und Hauptschulen eine Verbandsgemeinde, verbandsfreie Gemeinde oder kreisfreie Stadt; bei Realschulen und Sonderschulen für Lernbehinderte kommt zusätzlich der Landkreis in Betracht. Schulträger bei Gymnasien, berufsbildenden Schulen und den übrigen Sonderschulen ist eine kreisfreie Stadt oder ein Landkreis.

Hinsichtlich der Kostenträger bestimmt § 61 SchulG dagegen, daß das Land die Kosten für die Lehrer sowie die pädagogischen und technischen Fachkräfte übernimmt, während der kommunale Schulträger in aller Regel das Verwaltungs- und Hilfspersonal sowie

den Sachbedarf der Schule bereitstellt und die damit verbundenen Kosten trägt. Das bedeutet, daß die Investitionsausgaben für Schulgebäude und Einrichtungsgegenstände sowie deren Bewirtschaftung und laufende Unterhaltung ebenso wie der übrige laufende Sachaufwand von den kommunalen Schulträgern aufzubringen ist. Bei Aufbaugymnasien und Kollegs, berufsbildenden Schulen für Angehörige des öffentlichen Dienstes, bei den landwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen sowie bei Fach- und Sonderschulen mit großem Einzugsbereich übernimmt dagegen das Land nicht nur die Personalausgaben der Lehrer, sondern aller Bediensteten sowie die Ausgaben für den Sachbedarf. Ebenso stellt das Land den Personal- und Sachbedarf der staatlichen Studienseminare für die Ausbildung der Lehrer bereit (§ 71 Abs. 1 und 2 SchulG).

Anteil der Sachinvestitionen bei den Universitäten überdurchschnittlich hoch

Die Ausgabenstruktur in einzelnen Bildungsbereichen zeigt zum Teil größere Abweichungen vom Durchschnitt. So liegt der Personalkostenanteil mit 84% bei der Unterrichtsverwaltung und mit 79% bei der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule deutlich über dem Durchschnittswert von 60%. Ähnliches gilt für Realschulen (77%), Fachhochschulen (74%), Grund- und Hauptschulen (73%) und Gymnasien (68%). Eine geringere Rolle spielten die Personalausgaben demgegenüber im Bereich Förderung des Bildungswesens einschließlich des sonstigen Bildungs-

wesens (6%) - darunter bei den Volkshochschulen mit 19% -, bei Kindergärten (37%), Sonderschulen (56%), Fachschulen (58%) und bei den Universitäten (60%).

Der laufende Sachaufwand, dessen Anteil sich im Durchschnitt auf 14,1% belief, erreichte beim Bereich Förderung des Bildungswesens/sonstiges Bildungswesen einen Anteil von 24%, bei den Hochschulkliniken 23% und bei den Fachschulen 21%. Unterdurchschnittlich war diese Quote bei den Gymnasien (7,2%), den beruflichen Schulen (7,9%), den Kindergärten (8,4%), den Fachhochschulen (8,8%) und den Realschulen (8,9%).

Größere Sachinvestitionen, wie Baumaßnahmen, Grundstückskäufe oder die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, werden meistens nur in längeren zeitlichen Abständen getätigt, so daß ihr Anteil an den Gesamtausgaben in den einzelnen Jahren Schwankungen unterworfen sein kann. Diese Schwankungen werden allerdings in der hier vorgenommenen Zusammenfassung der Gesamtheit der Bildungseinrichtungen sowie durch die Zugrundelegung eines Fünfjahreszeitraums weitgehend geglättet. Deutlich über der Durchschnittsquote von 14,1% lag 1975 bis 1979 der Anteil der Sachinvestitionen insbesondere bei den sonstigen Hochschulen (34%) sowie bei den Universitäten. Bei letzteren diente mit 368 Mill. DM rund jede vierte ausgegebene Mark investiven Zwecken, wobei es sich bei

zwei Dritteln der Investitionsausgaben um Baumaßnahmen handelte. Hier spiegeln sich die finanziellen Wirkungen des Ausbaus vor allem der Universitäten Trier und Kaiserslautern, aber auch Kapazitätserweiterungen der Universität Mainz wider. Die beruflichen Schulen (17,1%) sowie die Sonderschulen (16,8%) hatten ebenfalls über dem Durchschnitt liegende Investitionsausgaben zu verzeichnen, wogegen insbesondere die Erziehungswissenschaftliche Hochschule (7,7%), die Fachschulen (8,4%) und die Kindergärten (9,4%) relativ geringe Investitionsanteile auswiesen.

Im Aufgabenbereich Förderung des Bildungswesens/sonstiges Bildungswesen betrafen 68% der Ausgaben Zahlungen an andere Bereiche. Es handelt sich um die Gewährung von Zuschüssen, Schuldendiensthilfen oder Darlehen vor allem an private oder freigemeinnützige Institutionen. Bei den Kindergärten, die vielfach von caritativen Verbänden, den Kirchen oder auch sonstigen nichtstaatlichen Institutionen betrieben werden, machen diese Zahlungen 45% aus. Bei den Sonderschulen betrug der entsprechende Anteilsatz 17,7%, bei den Gymnasien 13,3%. Hier dürften häufiger nichtstaatliche Träger anzutreffen sein als bei Grund- und Hauptschulen sowie Realschulen, bei denen die Zahlungen an andere Bereiche nur 1,2 bzw. 5,3% erreichten.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften

Unter dem Einfluß der Nachfrageentwicklung ist die sektorale Produktionsstruktur einer Volkswirtschaft einem ständigen Wandel unterworfen. Diese Determinante bestimmt zusammen mit produktionstechnischen und ökonomischen Faktoren auf der Angebotsseite, wie im letzten Jahrzehnt etwa die relative Verteuerung der Produktionsfaktoren Arbeit und Energie oder die Verschiebung des Wechselkursgefüges, die sich letztlich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität niederschlagen, den Wandel der Beschäftigtenstruktur. Auf regionaler Ebene kann schließlich auch die staatliche und kommunale Struktur- und Wirtschaftsförderungspolitik den sektoralen Arbeitskräftebedarf erheblich beeinflussen.

Angebotsorientierter Prognoseansatz

Die genannten Faktoren haben in den vergangenen zwanzig Jahren beträchtliche Umschichtungen der Nachfrage nach Arbeitskräften in Rheinland-Pfalz ausgelöst, die sich auch künftig fortsetzen werden. Der Arbeitskräftebedarf wird im Rahmen der regionalen Bevölkerungsprognose über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren vorausgeschätzt. Obwohl ein nachfrageorientierter Ansatz theoretisch besser zu fundieren ist, geht das Prognosemodell von einem im wesentlichen angebotsorientierten Ansatz aus. Hierfür sind zwei Gründe maßgebend: Zunächst bereitet die Prognose der künftigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität erhebliche Schwierigkeiten, insbesondere wird aber die Nachfrage in einem relativ kleinen Wirtschaftsraum stark von Faktoren geprägt, die ihren

Ursprung in Entwicklungen außerhalb der Landesgrenzen haben. Daraus ergeben sich einmal Probleme hinsichtlich des benötigten statistischen Materials, vor allem sind aber die spezifischen Auswirkungen für die Produktionsstruktur in Rheinland-Pfalz nicht mehr eindeutig herzuleiten, da regionale Besonderheiten mit steigender räumlicher Differenzierung zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dies gilt in noch stärkerem Maße auf der Kreisebene, die den räumlichen Bezugsrahmen der Prognose bildet. Aspekte der Nachfrageentwicklung bleiben dennoch nicht völlig unberücksichtigt; sie spielen etwa bei der Auswahl der Trendfunktionen eine wesentliche Rolle.

Als Status-quo-Prognose geht der Ansatz davon aus, daß gegenwärtig vorhandene oder abschätzbare Tendenzen in der Zukunft weiterwirken. Wirtschaftspolitische Eingriffe können nicht antizipiert werden, vielmehr soll die Prognose Fehlentwicklungen rechtzeitig aufzeigen und damit gegebenenfalls Anstöße zu wirtschaftspolitischem Handeln liefern.

Das Modell zur Vorausschätzung des Arbeitskräftebedarfs besteht aus drei Komponenten. Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich werden für Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu 500 Beschäftigten Trendextrapolationen auf Landesebene für nahezu hundert Wirtschaftsgruppen vorgenommen, deren Ergebnisse mit Hilfe branchenspezifischer Regionalfaktoren regionalisiert werden. Diese Trendberechnungen stützen sich auf Zeitreihen, die durch Fortschreibung der Beschäftigtenzahlen aus den Arbeitsstättenzählungen, begin-

nend mit dem Jahre 1961, gewonnen werden. Da die regionale Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs von etwa bestehenden Großbetrieben mit 500 und mehr Beschäftigten erheblich beeinflusst wird, werden für diesen Teilbereich Planungsdaten erfragt, da von den eigenen Vorstellungen der Unternehmen über die künftige Geschäfts-, Produktions- und Beschäftigtenentwicklung eine verbesserte Qualität der Prognose erwartet werden kann.

Die Prognose der in der Landwirtschaft Beschäftigten setzt beim Wandel der Betriebsstruktur an. Die Entwicklung der Betriebszahlen in den einzelnen Betriebsgrößenklassen wird in den Prognosezeitraum extrapoliert; die Zahl der Beschäftigten ergibt sich durch Multiplikation mit größenklassenspezifischen Besatzziffern, die als durchschnittliche Zahl der im Betrieb vollbeschäftigten und überwiegend mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte sowie der ständig im Betrieb beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte ermittelt wurden.

Rückgang der Beschäftigtenzahl in den 70er Jahren

Während in den sechziger Jahren die Gesamtzahl der in Rheinland-Pfalz tätigen Arbeitskräfte von 1,42 Mill. auf über 1,45 Mill. gestiegen war, trat zwischen 1970 und 1980 ein tendenzieller Rückgang um etwa 50 000 Beschäftigte (— 3,5%) ein¹⁾. Ausschlaggebend hierfür war, daß der Arbeitskräftebedarf nicht mehr allein in der Landwirtschaft, sondern auch im produzierenden Gewerbe rückläufig war. Diese Entwicklung konnte trotz der anhaltenden Ausweitung im Dienstleistungsbereich nicht mehr aufgefangen werden. In den kommenden fünfzehn Jahren wird die Gesamtzahl der Beschäftigten voraussichtlich weiter leicht abnehmen, so daß in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Grenze von 1,4 Mill. unterschritten wird.

Strukturwandel in der Landwirtschaft

Der Arbeitskräftebedarf des primären Sektors wird im wesentlichen von der Landwirtschaft bestimmt, da der Forstwirtschaft zahlenmäßig nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Die Produktivitätsentwicklung im Agrarsektor und die dadurch notwendigen strukturpolitischen Maßnahmen mit dem Ziel der Einkommensstabilisierung brachten seit 1949 einen anhaltenden Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Betriebsgröße. Der Arbeitskräftebedarf in der hier verwendeten Abgrenzung hat sich infolgedessen zwischen 1961 und 1980 mehr als halbiert.

Auch für die Zukunft wird mit weiteren Betriebsaufgaben in den Betriebsgrößenklassen unter 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche gerechnet. In den letzten Jahren erkennbar gewordene Tendenzen deuten allerdings darauf hin, daß die Zahl der Erwerbstätigen nicht mehr so stark abnehmen wird wie in der Vergangenheit. Entscheidend hierfür ist die Tatsache, daß die übrigen Wirtschaftsbereiche, insbesondere das produzierende Gewerbe, Beschäftigungsalternativen nicht mehr in einem Umfang bieten können, der eine Abwanderung von Arbeitskräften aus der Land-

wirtschaft und damit einen theoretisch vielleicht realisierbaren rascheren Strukturwandel begünstigt. Trotzdem wird die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft bis 1994 nochmals um ein Viertel auf knapp 60 000 zurückgehen.

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe

Die Beschäftigtenentwicklung im produzierenden Gewerbe ist von einem deutlichen Trendbruch am Anfang der siebziger Jahre gekennzeichnet. In den sechziger Jahren hatte der Arbeitskräftebedarf in nahezu allen Bereichen des grundstoff- und produktionsgüterproduzierenden Gewerbes sowie des investitionsgüterproduzierenden Gewerbes beträchtlich zugenommen. Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur war nicht zuletzt ein Erfolg der Wirtschaftsförderungspolitik, die bedeutende Neuansiedlungen von Betrieben in den Bereichen Straßenfahrzeugbau, Mineralölverarbeitung und Herstellung von ADV-Geräten in die Wege leitete. In den siebziger Jahren stellten sich, zum Teil durch weltweite Entwicklungen verursacht, wesentlich veränderte Rahmenbedingungen ein, die auch im Gefolge der ersten Ölpreiskrise weitere Fortschritte in dieser Richtung nicht mehr zuließen.

Damit gewannen negative Tendenzen die Oberhand, die sich bereits in den sechziger Jahren vor allem in konsumnahen Bereichen wie dem Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, aber auch im Bereich Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe abgezeichnet hatten. Den stärksten Einbruch mußte das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe hinnehmen, wo in den siebziger Jahren nochmals mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze verloren ging. Aber auch im Bereich Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe, der wesentlich von den Bauinvestitionen abhängt, kam es zu einem Beschäftigtenrückgang um rund 20%. Im Baugewerbe selbst standen auch nach Überwindung der schweren Krise von 1974/75 im Jahre 1980 rund 25 000 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung als 1970. Insgesamt verringerte sich der Arbeitskräftebedarf im produzierenden Gewerbe in den siebziger Jahren um rund 54 000, der Anteil des sekundären Sektors an der Gesamtzahl der Beschäftigten ging von 44,4% auf 42,2%, also noch unter den Wert von 1961, zurück.

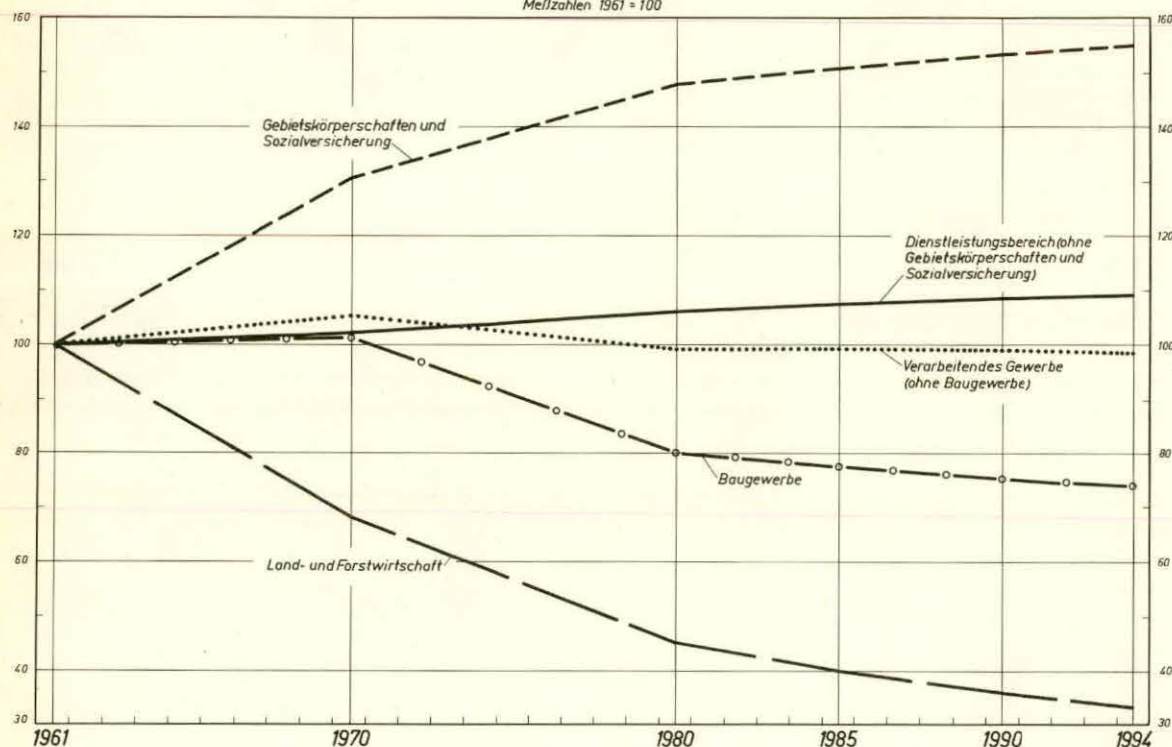
Differenzierte Entwicklung in der Zukunft

Bis zum Jahre 1994 ist mit dem Abbau von weiteren 10 000 Arbeitsplätzen des produzierenden Gewerbes zu rechnen. Allerdings zeichnet sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen eine sehr differenzierte Entwicklung ab. Ein stärkerer Beschäftigungsrückgang wird sich insbesondere noch im Baugewerbe einstellen, da von einer verhaltenen Entwicklung der Investitionen im Wohnungsbau sowie im öffentlichen Hoch- und Tiefbau ausgegangen werden kann. Hiervon ist vor allem das Bauhauptgewerbe betroffen, während das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe voraussichtlich von einer Zunahme der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen profitieren wird, so daß sich der Beschäftigtenrückgang hier in Grenzen hält. Mitbetroffen von der Entwicklung der Bauinvestitionen ist wiederum die Industrie der Steine und Erden, wo sich der Abbau von Arbeitsplätzen weiter fortsetzen wird. Auch in der verbrauchsgüterproduzierenden Industrie, insbe-

¹⁾ Diese Zahlen wurden mit Hilfe der erwähnten Fortschreibungsmethode gewonnen. Der Mikrozensus, der einen anderen Personenkreis erfaßt (Erwerbstätige am Wohnort) und von einem anderen Beschäftigungsbegriff ausgeht, weist für diesen Zeitraum einen Anstieg von 2,2% nach.

Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs 1961-1994

Meßzahlen 1961 = 100



94/91

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

sondere dem Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe, sind weiter rückläufige Beschäftigtenzahlen zu erwarten.

Die chemische Industrie wird zwar wegen der starken Verteuerung der Rohstoffe erhebliche Anpassungsprobleme zu bewältigen haben. Da jedoch mit einer stärkeren Verlagerung der Geschäftstätigkeit auf forschungsintensive Wachstumsbereiche zu rechnen ist, kann sich die Zahl der Arbeitskräfte noch erhöhen. Ähnliches gilt für den Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik. Zusätzliche Arbeitsplätze werden voraussichtlich auch im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau geschaffen. Neben den relativ günstigen Perspektiven im Nutzfahrzeugbau spielen hierbei standortspezifische Sonderfaktoren eine wichtige Rolle.

Personalverstärkung im öffentlichen Dienst

Im tertiären Sektor hat der Arbeitskräftebedarf seit 1961 ständig zugenommen. Von dem bis 1980 eingetretenen Zuwachs um rund 105 000 Beschäftigte entfielen etwa drei Viertel auf den öffentlichen Dienst (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger), wobei sich im Zeitablauf wechselnde Schwerpunkte ergaben. Während zu Beginn der sechziger Jahre der Aufbau der Bundeswehr noch eine gewisse Rolle spielte, vollzog sich die Personalverstärkung anschließend hauptsächlich im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltung. Bis zur Mitte der siebziger Jahre war ein starkes Wachstum vor allem im Bildungsbereich zu verzeichnen, daneben wurden Polizei und Finanzverwaltung personell besser ausgestattet.

Auch bei den Kommunen wurde der Ausbau der Leistungsverwaltung forciert, wobei das Sozial- und Gesundheitswesen sowie die öffentlichen Einrichtungen, die unter anderem wichtige Umweltschutzaufgaben wahrnehmen, im Vordergrund standen.

Während die privaten Haushalte als Arbeitgeber praktisch bedeutungslos geworden sind, hat der Arbeitskräftebedarf der Organisationen ohne Erwerbscharakter, zu denen neben Interessenverbänden und Parteien insbesondere die Kirchen und die freien Wohlfahrtsverbände zählen, stark zugenommen. Soweit die letztgenannten Organisationen als freie Träger im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen engagiert sind und für die Erfüllung dieser Aufgaben öffentliche Zuschüsse erhalten, ist die Expansion der Beschäftigung hier eine mittelbare Folge staatlicher Prioritätensetzung. Sie ist damit unter demselben Aspekt zu sehen wie die Personalverstärkung im öffentlichen Dienst, die sich zu großen Teilen ebenfalls in diesen Bereichen vollzog.

Personalabbau bei Handel und Verkehr

Entsprechend der heterogenen Zusammensetzung des Dienstleistungssektors verlief die Entwicklung in den übrigen Bereichen sehr unterschiedlich. Im Handel ergab sich seit 1970 ein leichter Personalabbau, der hauptsächlich den Großhandel betraf. Als Ursache ist zu vermuten, daß sowohl die Produktionsunternehmen als auch größere Unternehmen des Einzelhandels versuchen, Großhandelsfunktionen an sich zu ziehen. Dagegen hat sich die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel trotz des scharfen Wettbewerbs und

der Umschichtung zwischen den verschiedenen Betriebsformen nicht wesentlich verändert.

Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ging die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1961 und 1980 um etwa 10 000 zurück. Die Verlagerung der Transportnachfrage ging im Personen- wie im Güterverkehr zu Lasten des Schienenverkehrs, so daß sich die Bundesbahn zu großen Rationalisierungsanstrengungen, verbunden mit einem beträchtlichen Personalabbau, gezwungen sah. Während der Personentransport zunehmend auf den Individualverkehr überging, konnte im Gütertransport der Straßengüterverkehr von dem Bedeutungsverlust der Eisenbahnen profitieren, so daß sich in diesem Bereich die Zahl der Beschäftigten erhöhte. Zu den expandierenden Zweigen zählte auch die Nachrichtenübermittlung, die weitgehend der Bundespost vorbehalten ist. Die beschränkten Rationalisierungsmöglichkeiten in den traditionellen Postdiensten sowie das rasche Wachstum im Fernmeldebereich führten letztlich zu einer Zunahme des

Personals, obwohl organisatorische Maßnahmen, insbesondere die Auflösung von zwei der ursprünglich drei Oberpostdirektionen in Rheinland-Pfalz, entsprechende Arbeitsplatzverluste nach sich zogen.

Hoher Zuwachs bei Kreditinstituten und im Gesundheitswesen

Bei den Kreditinstituten und Versicherungen stieg die Zahl der Beschäftigten vor allem in den sechziger Jahren relativ stark an. Im Bankensektor waren hierfür die Expansion des Kreditvolumens und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, die Erweiterung des Dienstleistungsangebotes, etwa auf dem Gebiet der Anlageberatung, sowie der Ausbau des Filialnetzes maßgebend. Obwohl diese Impulse teilweise noch in den siebziger Jahren wirksam waren, schwächte sich der Beschäftigtenzuwachs deutlich ab, da Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung erhebliche Rationalisierungsmöglichkeiten eröffneten.

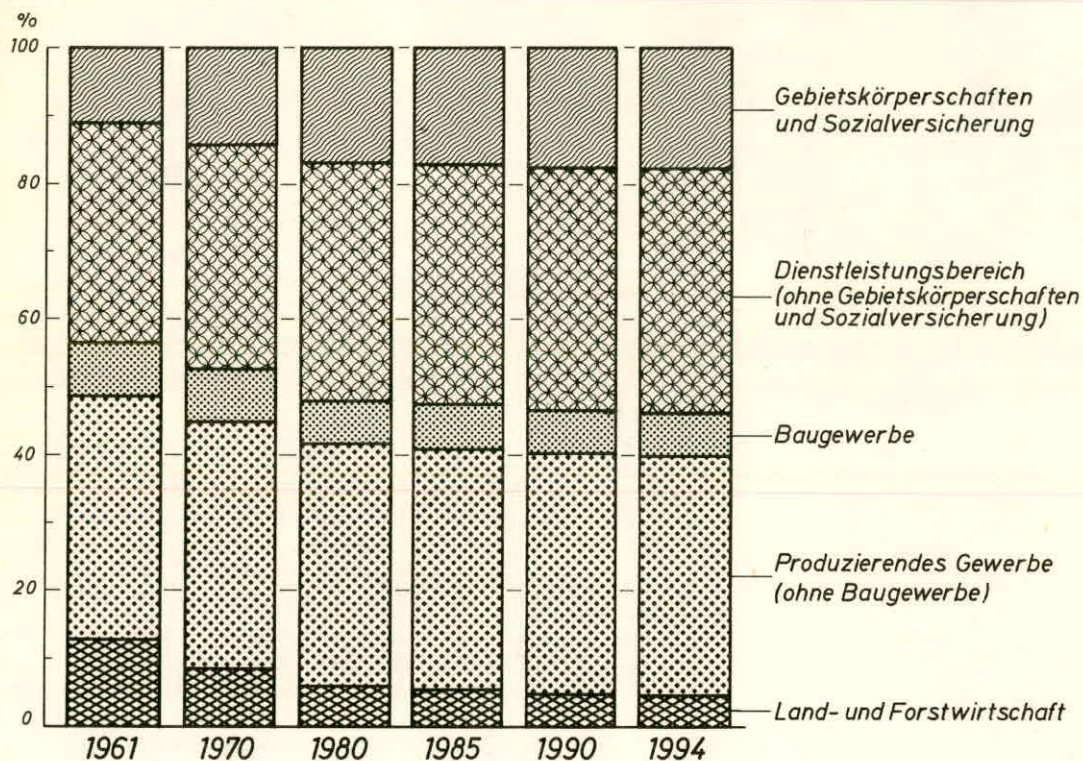
Erwerbstätige am Arbeitsort 1961 – 1994¹⁾

Wirtschaftsbereich	1961	1970	1980	1985	1990	1994
	1 000					
<u>Land- und Forstwirtschaft</u> ²⁾	177,4	121,4	80,5	71,3	64,2	59,7
<u>Produzierendes Gewerbe</u>	621,1	646,3	592,4	591,1	586,2	582,4
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	12,5	9,8	10,1	10,4	10,7	11,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	493,4	519,8	490,1	491,5	488,7	486,3
Chemie, Mineralöl-, Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	82,7	95,4	100,9	103,1	103,9	104,2
Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe	59,1	47,5	38,1	36,8	35,6	34,9
Eisen und NE-Metalle, Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	104,8	132,6	135,3	138,9	139,8	139,7
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	43,5	58,9	58,3	58,8	59,4	60,0
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	59,1	56,6	59,2	59,0	58,6	58,4
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	85,5	74,8	48,3	45,1	42,3	40,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	58,8	54,1	50,0	49,7	49,0	48,4
<u>Baugewerbe</u>	115,2	116,7	92,2	89,1	86,7	85,1
Bauhauptgewerbe	85,3	86,6	66,8	64,2	62,0	60,6
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	29,8	30,0	25,4	25,0	24,7	24,5
<u>Dienstleistungsbereich</u>	625,4	686,7	730,9	742,3	750,9	755,7
<u>Handel</u>	195,1	200,6	190,4	188,7	188,1	188,0
Großhandel, Handelsvermittlung	72,7	76,0	67,9	66,5	65,7	65,2
Einzelhandel	122,4	124,7	122,4	122,2	122,4	122,7
<u>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</u>	83,2	74,1	73,6	73,8	73,9	74,1
Eisenbahnen, Deutsche Bundespost	59,5	53,1	48,2	47,3	46,6	46,1
Straßenverkehr, Binnenschifffahrt, Lagerei und Verkehrsvermittlung	23,8	21,1	25,5	26,4	27,3	27,9
<u>Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</u>	21,3	27,9	29,8	30,6	31,2	31,5
<u>Dienstleistungen</u>	116,2	130,0	137,6	140,7	143,0	144,6
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	45,1	47,7	46,2	46,4	46,7	46,9
Wäscherei, Reinigung, Körperpflege	23,3	25,5	21,4	21,1	20,9	20,8
Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik	10,9	11,4	11,5	12,4	12,6	12,6
Gesundheits- und Veterinärwesen	14,3	16,5	25,6	27,1	28,2	29,0
Rechts- und Wirtschaftsberatung, sonstige Dienstleistungen	22,5	28,9	32,9	33,8	34,6	35,3
<u>Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte</u>	49,3	44,4	62,2	66,2	68,6	68,8
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	160,4 ³⁾	209,6	237,3	242,3	246,1	248,7
Insgesamt	1 424,0	1 454,3	1 403,7	1 404,7	1 401,2	1 397,8

1) 1961 und 1970: Arbeitsstättenzählung bzw. Volkszählung; 1980 ff.: Prognoseergebnisse. – 2) 1961 und 1970 geschätzt. – 3) Zivilbedienstete der Streitkräfte und Soldaten geschätzt.

Sektorale Beschäftigtenstruktur 1961-1994

Anteil der Wirtschaftsbereiche



93/81

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Die Entwicklung in den übrigen Dienstleistungszweigen ist allgemein dadurch gekennzeichnet, daß die Beschäftigung in den konsumorientierten Bereichen in der Regel stagnierte oder sogar leicht rückläufig war, während die eher produktionsbezogenen Dienstleistungen, wie Rechts- und Wirtschaftsberatung oder Werbung, kräftig expandierten. Als Ursache ist zu vermuten, daß die Leistungen der ersten Gruppe relativ leicht durch eigene häusliche Tätigkeiten ersetzt werden können (z. B. Wäscherei, Körperpflege), wogegen die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die als Vorleistungen in den Produktionsprozeß eingehen, von einem verstärkten Zug zu Spezialisierung und Arbeitsteilung profitieren. Eine Ausnahme bildet lediglich das Gesundheitswesen, wo die Zahl der Arbeitsplätze auch außerhalb der Einrichtungen in öffentlicher bzw. freigemeinnütziger Trägerschaft stark zunahm.

Auch künftig wachsender Arbeitskräftebedarf im Sozial- und Gesundheitswesen

Die Expansion des Dienstleistungsbereichs wird sich im Prognosezeitraum zwar abschwächen, es wird jedoch damit gerechnet, daß der tertiäre Sektor bis 1994 nochmals rund 25 000 zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen kann. Hiervon entfällt knapp die Hälfte auf den öffentlichen Dienst, wobei die Schwierigkeiten gesehen werden müssen, mit denen die öffentlichen

Haushalte auf mittlere Sicht konfrontiert sind. Zwar wird der absehbare Rückgang der Schülerzahl eine Entlastung im Bildungsbereich herbeiführen, andere Aufgaben, etwa im Bereich des Umweltschutzes, werden jedoch stärker in den Vordergrund treten.

Das Sozial- und Gesundheitswesen wird schon aus demographischen Gründen eine hohe Priorität behalten, da die Zahl der älteren Menschen ab Mitte der achtziger Jahre wieder steigt. Hauptsächlich unter diesem Aspekt ist auch die weitere Zunahme der Beschäftigung bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie im Gesundheitswesen zu sehen.

Angesichts des vorhandenen dichten Zweigstellennetzes und weiterer Fortschritte in der Daten- und Kommunikationstechnik wird sich der Beschäftigtenzuwachs bei Kreditinstituten und Versicherungen nochmals deutlich verlangsamen. Mit einem steigenden Arbeitskräftebedarf wird daneben bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen gerechnet, wo die in der Vergangenheit wirksamen Faktoren teilweise auch noch in den kommenden Jahren die Entwicklung beeinflussen. Vor dem Hintergrund wachsender Bildungs- und Freizeitbedürfnisse könnte auch der Bereich Wissenschaft, Bildung, Kunst, Publizistik zusätzliche Arbeitsplätze bieten.

In allen übrigen Zweigen des Dienstleistungssektors wird die Beschäftigung voraussichtlich stagnie-

ren oder sogar zurückgehen. Der Arbeitskräftebedarf im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung wird sich nicht wesentlich ändern, da die schwierige Situation der Bundesbahn anhaltende Rationalisierungsbemühungen erfordert, während der hohe Mechanisierungsgrad im Nachrichtenwesen trotz des steigenden

Kommunikationsbedarfs keinen stärkeren Beschäftigungseffekt erwarten läßt. Bei den verbrauchernahen Dienstleistungen und im Handel wird sich schließlich der anhaltende Bevölkerungsrückgang zunehmend bemerkbar machen.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Insolvenzen 1975 bis 1981

Neben den Wachstumsraten des realen Sozialprodukts, der Inflationsrate, der Arbeitslosenquote und dem Auslastungsgrad des Produktionspotentials kann auch die Zahl der Unternehmensgründungen bzw. Stilllegungen als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung herangezogen werden. Bei einem Konjunkturabschwung häufen sich die Meldungen über Unternehmenszusammenbrüche, da sich wegen der rückläufigen Nachfrage und bei steigendem oder zumindest konstanten Kostenniveau die Gewinnssituation der Unternehmen verschlechtert.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft war in den Jahren 1980 und 1981 ebenso wie im gesamten Bundesgebiet von einem Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivitäten geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich 1980 nur noch um 1,6% und 1981 um 0,9% (Bundesgebiet + 1,9 bzw. - 0,0%). Im Jahre 1981 mußten in Rheinland-Pfalz insgesamt 619 Insolvenzen registriert werden. Das sind mehr als jemals zuvor; der Vergleichswert aus dem Jahre 1976, in dem die bisherige Höchstmarke von 545 Insolvenzen nachgewiesen wurde, wurde um 13,6% überschritten. Das Niveau der Konkurse und Vergleichsverfahren ist in den 70er Jahren mit durchschnittlich 370 Insolvenzen mehr als doppelt so hoch wie im vorhergehenden Jahrzehnt, als im Schnitt lediglich 150 Marktteilnehmer zahlungsunfähig wurden.

Während der Rezession 1966/67 hatte sich die Insolvenzenzahl auf 193 bzw. 202 erhöht, ohne jedoch nach Überwinden der Krise nachhaltig zu sinken. Von 1971 bis 1976 stieg die Zahl der Insolvenzen kontinuierlich von 208 auf 545 an und blieb dann bis 1980 bei annähernd 445.

Gesellschaften mit beschränkter Haftung besonders insolvenzanfällig

Private Personen, Gesellschafter und Nachlasser stellten im Beobachtungszeitraum einen Anteil von etwa 30%, haben in den letzten beiden Jahren jedoch an Bedeutung verloren. Nicht im Handelsregister eingetragene Unternehmen und Einzelfirmen machten 1975 bis 1981 etwa die Hälfte aller insolventen Erwerbsunternehmen aus. Der hohe Anteil dieser Gruppe ist durch die große Zahl der unter dieser Rechtsform geführten Unternehmen bedingt, denn 1976 und 1978 waren mehr als 80% der Umsatzsteuerpflichtigen Einzelfirmen. Die Insolvenzhäufigkeit - das ist die Zahl der Insolvenzen je 10 000 bestehender Unternehmen - lag im Schnitt der Jahre 1975 bis 1981 unter 20 und damit deutlich niedriger als bei den anderen Rechtsformen.

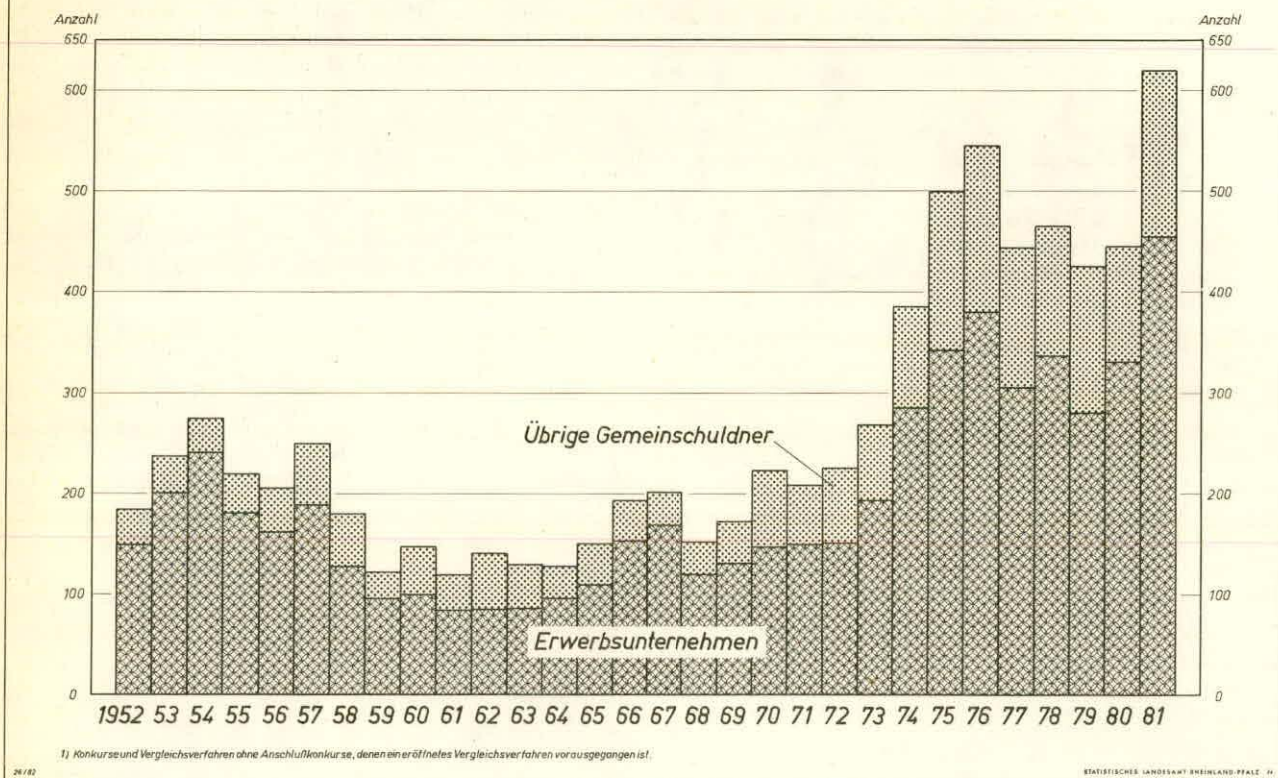
Das Konkursrisiko der Personengesellschaften hat sich seit 1975 verringert. Mußten in den Jahren 1975 und 1976 noch jeweils rund 50 von 10 000 Unterneh-

Insolvenzen¹⁾ nach Rechtsformen 1975 - 1981

Rechtsform der Gemeinschuldner	1975		1976		1977		1978		1979		1980		1981	
	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%
Erwerbsunternehmen	342	68,5	380	69,7	306	68,9	337	72,3	280	65,7	330	74,0	454	73,3
Nicht im Handelsregister														
eingetragene Unternehmen	85	17,1	121	22,2	83	18,7	130	27,9	78	18,3	105	23,5	145	23,5
Einzelfirma	77	15,4	84	15,4	69	15,5	74	15,9	48	11,2	61	13,7	66	10,7
OHG und KG	68	13,6	64	11,7	43	9,7	35	7,5	31	7,3	29	6,5	34	5,5
dar. GmbH u.Co. KG	22	4,4	32	5,9	20	4,5	16	3,4	15	3,5	16	3,6	22	3,6
Gesellschaften mbH	111	22,2	110	20,2	111	25,0	98	21,0	123	28,9	135	30,3	208	33,6
dar. GmbH als Komple-														
mentäre von KG	.	.	15	2,8	9	2,0	2	0,4	4	0,9	4	0,9	5	0,8
AG und KGaA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	0,2
Sonstige im Handelsregister														
eingetragene Unternehmen	1	0,2	1	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Gemeinschuldner	157	31,5	165	30,3	138	31,1	129	27,7	146	34,3	116	26,0	165	26,7
Private Personen	102	20,5	111	20,4	86	19,4	69	14,8	87	20,4	57	12,8	91	14,7
dar. Gesellschafter	.	.	10	1,8	5	1,1	7	1,5	5	1,2	6	1,3	9	1,5
Nachlässe und sonstige	55	11,0	54	9,9	52	11,7	60	12,9	59	13,9	59	13,2	74	12,0
Insgesamt	499	100,0	545	100,0	444	100,0	466	100,0	426	100,0	446	100,0	619	100,0

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

Insolvenzen¹⁾ 1952 - 1981



men wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung ihre Geschäftstätigkeit einstellen, so verringerte sich deren Zahl bis 1980 kontinuierlich auf 22. Im Jahre 1981 wurden insgesamt 34 Personengesellschaften insolvent.

Der Anteil der Personengesellschaften an den insolventen Erwerbsunternehmen verringerte sich von 13,6% im Jahre 1975 auf 5,5% im Jahre 1981. Seit 1975, als der Höchststand von 68 zahlungsunfähigen OHG und KG registriert wurde, reduzierte sich die Zahl bis 1980 auf 29. Sie erhöhte sich 1981 um 17,2% auf 34.

Gegenläufig entwickelten sich die Insolvenzen von Kapitalgesellschaften, speziell von Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Im gesamten Beobachtungszeitraum mußte lediglich 1981 eine einzige Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien aufgrund von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung aus dem Wirtschaftsprozeß ausscheiden. Die Zahl der insolventen GmbH blieb in den Jahren 1975 bis 1977 mit rund 110 konstant und sank 1978 auf 98. Seither hat sich die Zahl verdoppelt. Die GmbH stellen damit 1981 nahezu die Hälfte aller Unternehmensinsolvenzen.

Die gestiegene Insolvenzenzahl ist allerdings im Zusammenhang mit den ebenfalls zunehmenden Neu- und Umgründungen zu sehen. Der Bestand an GmbH hat sich zwischen 1974 (6 051) und 1980 (13 386) mehr als verdoppelt. Das Konkursrisiko für Unternehmen dieser Rechtsform ist sehr hoch. So gaben in den Jahren 1975 und 1976 von 10 000 bestehenden GmbH jeweils mehr als 180 ihre Geschäftstätigkeit wegen

Illiquidität oder Überschuldung auf. Die Insolvenzquote war damit achtmal größer als die der Einzelfirmen und Personengesellschaften insgesamt. Im Jahre 1980 erreichte die Insolvenzhäufigkeit je 10 000 GmbH mit 101 ihren Tiefststand; dieser Wert ist aber immer noch fünfmal größer als der der übrigen Rechtsformen. Im Jahre 1981 wurde mit 208 die bisher höchste Zahl an insolventen GmbH registriert, jedoch hat sich die Insolvenzhäufigkeit gegenüber 1975 und 1976 auf 155 je 10 000 Unternehmen verringert.

Eine Ursache für die Insolvenzanfälligkeit der Gesellschaften mit beschränkter Haftung dürfte die geringe Kapitalausstattung dieser Unternehmen sein. So hatten im Beobachtungszeitraum mehr als 60% aller GmbH nur ein haftendes Stammkapital bis zu 20 000 DM. Zudem war der Eigenkapitalanteil bei GmbH mit 36% deutlich geringer als bei Einzelfirmen (48%) und Personengesellschaften (45%). Insbesondere in einer Hochzinsphase, wie sie in den Jahren 1980 und 1981 herrschte, kann sich die Fremdfinanzierung nachteilig auf die Liquidität auswirken.

Dies trifft auch für Unternehmen in der Aufbauzeit zu. Zwischen 1975 und 1981 ist der Anteil der gescheiterten Unternehmen, die weniger als acht Jahre am Marktgeschehen teilnahmen, von 60 auf 75% gestiegen. Das Konkursrisiko hat sich also für die jungen Marktteilnehmer deutlich erhöht. Als Ursachen hierfür kommen neben der geringen Eigenkapitalausstattung und der Verschlechterung der Ertragslage, die die Investitionen risikohafter machen, auch ein falsches Einschätzen der Marktsituation infrage.

Baugewerbe besonders insolvenzanfällig

Die Land- und Forstwirte waren ebenso wie die Handelsunternehmen, gemessen an der Gesamtzahl der Unternehmen unterdurchschnittlich in der Konkursstatistik vertreten. Während die Land- und Forstwirte 9,7% aller Unternehmen ausmachten, stellten sie weniger als 2% der insolventen Erwerbsunternehmen. Etwa jede vierte Insolvenz betraf ein Unternehmen aus dem Handelsbereich, auf den etwa 30% der am Wirtschaftsprozess beteiligten Unternehmen entfielen. Seit 1979 ist die Zahl der insolventen Einzelhändler nahezu konstant geblieben. Dagegen ist beim Großhandel und der Handelsvermittlung im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 36% auf 64 im Jahre 1981 zu verzeichnen. Dabei fällt auf, daß Großhandel und Handelsvermittlung wesentlich insolvenzanfälliger sind als der Einzelhandel.

Auch die Unternehmen des Wirtschaftszweigs Dienstleistungen waren, gemessen an ihrer Beteiligung am Wirtschaftsprozess (28%) unterdurchschnittlich insolvenzanfällig. Im Vergleich zu 1980, als mit 44 die geringste Insolvenzzahl im Beobachtungszeitraum registriert wurde, erhöhte sich der Wert 1981 auf 90 und überschritt damit das bisherige Höchstniveau des Jahres 1976 um 25%. Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe stellte mit etwa einem Drittel der Insolvenzen die größte Gruppe innerhalb dieses Wirtschaftszweiges.

In den Rezessionsjahren 1975 bis 1977 kamen 28% der insolventen Erwerbsunternehmen aus dem Baugewerbe. Der konjunkturelle Aufschwung in den Jahren 1978 und 1979 führte zu einem Rückgang der Unternehmenszusammenbrüche in diesem Bereich. Gegenüber 1979 erhöhte sich die Zahl der Geschäftsaufgaben 1980 von 52 auf 111. Damit war jeder dritte insolvente Erwerbsbetrieb ein Bauunternehmen. Im Jahre 1981 mußte ein erneuter Zuwachs auf 129 verzeichnet werden. Das Baugewerbe war im gesamten Beobachtungszeitraum besonders insolvenzanfällig, wenn man berücksichtigt, daß 1978 lediglich 8,7% der Unternehmen dem Baugewerbe angehörten.

Während der Hoch- und Tiefbau von der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre stark getroffen wur-

de - 1975 und 1976 mußten 30 bzw. 26 Unternehmen dieses Bereichs die Geschäftstätigkeit einstellen -, überwand das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe die Krise mit 12 bzw. 14 Insolvenzen relativ gut. Seither mußten zum Teil deutlich mehr Ausbau- und Bauhilfsbetriebe ihre Tätigkeit aufgrund von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung aufgeben als Hochbau- und Tiefbauunternehmen. Während sich aber die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe von 22 im Jahre 1980 auf 20 im Jahre 1981 verringerte, verdoppelte sich die Zahl beim Hoch- und Tiefbau von 9 im Jahre 1980 auf 18 im Jahre 1981. Der starke Anstieg der Insolvenzen im letztgenannten Bereich dürfte vor allem auf die verringerte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zurückzuführen sein, weil der Hoch- und Tiefbau in großem Maße auf öffentliche Aufträge angewiesen ist.

Das verarbeitende Gewerbe, welches den wichtigsten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leistet, erreichte im Jahre 1981 mit 99 Insolvenzen fast die bisherige Höchstmarke aus dem Jahre 1976, als 100 Konkurs- und Vergleichsverfahren gemeldet wurden. Gegenüber 1980 bedeutet dies einen Anstieg um 30%. Besonders stark waren der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (33 Insolvenzen), das Holz-, Papier- und Druckgewerbe (19 Insolvenzen) sowie das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe (15 Insolvenzen) betroffen. Diese Wirtschaftsbereiche stellten 1981 mehr als zwei Drittel der zahlungsunfähigen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, obgleich sie gemessen an der Gesamtzahl der Betriebe lediglich 43% des verarbeitenden Gewerbes ausmachten. Eine so starke Konzentration der Insolvenzfälle auf die genannten Bereiche war in keinem vorhergehenden Jahre registriert worden. Insbesondere das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe wurde von dem Konjunkturabschwung getroffen. Der Wettbewerbsprozeß und vor allem die starke Konkurrenz durch Niedriglohnländer führten hier zu einem Anstieg von 4 Konkursen im Jahre 1979 auf jetzt 15. Eine noch höhere Konkursanfälligkeit verzeichneten 1981 die Unternehmen des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus.

Insolvenzen¹⁾ der Erwerbsunternehmen nach Wirtschaftszweigen 1975 - 1981

Wirtschaftszweig	1975		1976		1977		1978		1979		1980		1981	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	6	1,7	9	2,4	2	0,7	6	1,8	6	2,1	3	0,9	7	1,6
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	92	26,9	100	26,3	74	24,2	86	25,5	56	20,0	76	23,0	99	21,8
Baugewerbe	93	27,2	108	28,4	88	28,7	77	22,8	52	18,6	111	33,7	129	28,4
Handel	79	23,1	71	18,7	68	22,2	84	24,9	86	30,7	79	23,9	102	22,5
Großhandel und Handelsvermittlung	50	14,7	40	10,5	39	12,7	38	11,3	47	16,8	42	12,7	64	14,1
Einzelhandel	29	8,4	31	8,2	29	9,5	46	13,6	39	13,9	37	11,2	38	8,4
Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung	17	5,0	18	4,7	25	8,2	12	3,6	14	5,0	17	5,2	25	5,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	-	-	2	0,5	-	-	4	1,2	-	-	-	-	2	0,4
Dienstleistungen	55	16,1	72	19,0	49	16,0	68	20,2	66	23,6	44	13,3	90	19,8
Insgesamt	342	100,0	380	100,0	306	100,0	337	100,0	280	100,0	330	100,0	454	100,0

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.-

2) Einschl. Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau.

Jahr	Insgesamt	Unter 10 000 DM	10 000 – 50 000 DM	50 000 – 100 000 DM	100 000 – 500 000 DM	500 000 – 1 Mill.DM	1 Mill.DM und mehr	Unbekannt
Anzahl								
1975	483	91	89	41	125	34	61	42
1976	539	152	116	53	123	37	49	9
1977	444	96	73	34	114	51	28	48
1978	462	134	90	43	105	32	28	30
1979	425	122	77	51	89	28	28	30
1980	441	116	85	55	102	43	38	2
1981	617	150	100	65	182	53	64	3
Anteil in %								
1975	100,0	18,8	18,4	8,5	25,9	7,1	12,6	8,7
1976	100,0	28,2	21,5	9,8	22,8	6,9	9,1	1,7
1977	100,0	21,6	16,4	7,7	25,7	11,5	6,3	10,8
1978	100,0	29,0	19,5	9,3	22,7	6,9	6,1	6,5
1979	100,0	28,7	18,1	12,0	20,9	6,6	6,6	7,1
1980	100,0	26,3	19,3	12,5	23,1	9,7	8,6	0,5
1981	100,0	24,3	16,2	10,5	29,5	8,6	10,4	0,5

Größter Teil der Forderungen uneinbringlich

In den vergangenen Jahren mußte in nahezu 80% der Fälle die Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Masse abgelehnt werden, weil die Teilungsmasse nicht einmal ausreichte, die Kosten des gerichtlichen Verfahrens zu decken. Darüber hinaus stellt sich häufig im Laufe der gerichtlichen Auseinandersetzung heraus, daß die Kosten die Konkursmasse übersteigen. So konnten von den im Jahre 1979 insgesamt registrierten Unternehmenszusammenbrüchen lediglich 50 (17,9%) vor dem 31. Dezember 1980 bis zu Ende vor Gericht abgewickelt werden. Da in den zurückliegenden Jahren ähnlich geringe Abwicklungsquoten verzeichnet wurden, ist auch für 1980 und 1981 nicht mit besseren Ergebnissen zu rechnen.

Bei Konkursen müssen die Gläubiger den größten Teil ihrer Forderungen als uneinbringlich abschreiben. Die Deckungsquote für die nicht bevorrechtigten Schulden erreichte von 1975 bis 1979, mit Ausnahme des Jahres 1976, als bedingt durch Sondereinflüsse 30,6% der nicht bevorrechtigten Forderungen durch die Konkursmasse gedeckt wurden, im Schnitt nicht einmal 3%, während die bevorrechtigten Gläubiger immerhin 33% ihrer Ansprüche erfüllt bekamen. Jeder Konkursschuldner hatte 1979 im Schnitt 569 000 DM Verbindlichkeiten, die nicht durch die Konkursmasse gesichert waren. In den vorhergehenden Jahren belief sich der Konkursverlust auf wesentlich höhere Beträge. So mußten 1976 und 1978 je Fall 4,3 bzw. 2,6 Mill. DM als Verlust verbucht werden. Die genannten Zahlen sind allerdings insofern unvollständig, als Angaben über die Verluste der mangels Masse abgelehnten Verfahren ebenso fehlen wie Angaben über Verfahren, die sich über mehrere Jahre hinziehen.

Konkurse mit Millionenforderungen auf neuem Höchststand

In 44% der Konkursfälle wurden in den letzten Jahren Forderungen unter 50 000 DM geltend gemacht. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß häufig bei einer Konkurseröffnung noch keine Klarheit über die absolute Höhe der Verbindlichkeiten besteht, so

daß zwangsläufig die unteren Größenklassen überrepräsentiert sind. In 65 Fällen wurden 1981 Forderungen zwischen 50 000 und 100 000 DM angemeldet. Die Größenklasse von 100 000 bis 500 000 DM war 1981 mit 182 Fällen am stärksten besetzt. Hier wurde gegenüber 1980 ein Zuwachs um 78% verzeichnet; auch die bisherige Höchstmarke des Jahres 1975, als 125 Konkurse mit dieser Forderungshöhe registriert wurden, ist überschritten.

Bei jedem zehnten Konkursfall im Jahre 1981 wurden Forderungen in Millionenhöhe registriert, während 1975, dem Jahr mit den bisher meisten Millionenkonkursen, jeder achte Unternehmenszusammenbruch die Millionengrenze überschritt. Die Zahl der Großkonkurse entwickelte sich dabei nahezu parallel zum Konjunkturverlauf, während bei den Konkursen in den übrigen Größenklassen mehr oder minder große Schwankungen auftraten. So verringerte sich die Zahl der Pleiten mit Millionenforderungen von 61 im Jahre 1975 auf 28 im Jahre 1977. Auf diesem Niveau verharrte die Zahl bis einschließlich 1979. Im Jahre 1980 stieg sie auf 38 und erreichte 1981 mit 64 den neuen Höchststand.

Insolvenzquote deutlich unter dem Bundesdurchschnitt

Die Insolvenzquote verringerte sich in Rheinland-Pfalz seit 1976, als von 10 000 bestehenden Unternehmen 35 ihre Geschäftstätigkeit wegen Illiquidität oder Überschuldung aufgaben, auf 25 im Jahre 1979. Seither ist wieder ein Anstieg auf 40 im Jahre 1981 zu verzeichnen. Im gesamten Zeitraum lag die Insolvenzquote der rheinland-pfälzischen Unternehmen unter dem Bundesdurchschnitt, zum Teil sogar erheblich. So wurde beispielsweise im Jahre 1977 in Rheinland-Pfalz eine Insolvenzquote gemessen, die um 35% geringer war als in den übrigen Bundesländern. In den Jahren 1976 und 1978 war die Differenz mit 19 bzw. 17% am geringsten. Im Jahre 1981 betrug der Abstand 23%.

Eine Differenzierung nach Wirtschaftszweigen zeigt, daß 1980 das rheinland-pfälzische Baugewerbe mit 112 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen über dem

Land	Unternehmensinsolvenzen						
	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Insgesamt							
Baden-Württemberg	1 134	974	970	680	621	614	924
Rheinland-Pfalz	342	380	306	337	280	330	454
Bayern	1 202	1 093	1 202	952	877	1 033	1 335
Hamburg	163	212	193	160	159	199	239
Niedersachsen	641	608	636	531	466	570	807
Hessen	771	716	740	554	543	602	861
Saarland	144	134	159	145	125	115	152
Nordrhein-Westfalen	1 877	1 953	2 032	1 952	1 831	2 182	2 831
Bremen	102	89	89	63	65	75	113
Schleswig-Holstein	262	308	248	270	248	327	431
Berlin (West)	315	341	354	305	268	268	347
Bundesgebiet	6 953	6 808	6 929	5 949	5 483	6 315	8 494
Je 10 000 ¹⁾ bestehenden Unternehmen							
Baden-Württemberg	46	40	40	27	25	24	37
Rheinland-Pfalz	32	35	28	34	25	29	40
Bayern	42	38	42	31	29	34	44
Hamburg	30	40	36	30	29	37	44
Niedersachsen	40	38	40	32	28	34	48
Hessen	53	50	51	37	36	40	57
Saarland	56	52	62	54	47	43	57
Nordrhein-Westfalen	41	43	45	42	39	47	61
Bremen	59	52	52	36	37	43	65
Schleswig-Holstein	44	52	42	44	40	53	70
Berlin (West)	69	75	78	64	56	56	72
Bundesgebiet	43	43	43	36	33	38	51

1) 1975, 1976 und 1977 berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1976; 1978 bis 1981 anhand der entsprechenden Ergebnisse für 1978.

Bundesdurchschnitt (84) lag. Ein ähnliches Ergebnis mußte auch schon 1976 registriert werden. Im Jahre 1981, als die konjunkturelle Talfahrt im Baugewerbe ihren vorläufigen Tiefpunkt fand, wurden in Rheinland-Pfalz mit 130 Insolvenzen je 10 000 Bauunternehmen abermals mehr Unternehmenszusammenbrüche registriert als im Bundesgebiet (122), wenngleich sich der Abstand weiter verringerte. Die Bauwirtschaft wurde also von den Rezessionen in Rheinland-Pfalz

stärker betroffen als im Bundesgebiet. Das produzierende Gewerbe, der Handel und der Dienstleistungsbereich bleiben in Rheinland-Pfalz bezüglich der Insolvenzhäufigkeit in sämtlichen Jahren meist sogar sehr deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere ist hier der Dienstleistungssektor zu nennen, der in Rheinland-Pfalz eine auffällig geringe Insolvenzhäufigkeit aufweist.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Die Bedeutung der Erbschaftsteuer im Steuersystem

Die Erbschaftsteuer kann zu den ältesten Steuerarten gezählt werden. Der heutigen Erbschaftsteuer ähnliche Abgaben wurden in einzelnen Gebieten Deutschlands schon im Mittelalter erhoben. Vereinheitlicht wurden die verschiedenen Regelungen für das Deutsche Reich durch das Erbschaftsteuergesetz von 1906, welches in der Folgezeit mehrfach novelliert wurde. Von 1925 bis Ende 1973 fand das Erbschaftsteuergesetz vom 22. August 1925 Anwendung, das zuletzt in der Neufassung von 1. April 1959 Gültigkeit hatte.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1974 trat das nunmehr geltende Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz vom 17. April 1974 in Kraft. Mit dieser grundlegenden Neuordnung wurde den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen, indem die Freibeträge

zum Teil erheblich heraufgesetzt und somit den geänderten Geldwerten angepaßt wurden. Darüber hinaus wurde der Tarif modifiziert, so daß kleine und mittlere Erwerbe sowie nahe Angehörige des Erblassers geschont und größere Erbschaften und Schenkungen maßvoll stärker belastet werden. Ferner sieht das neue Gesetz Regelungen vor, die die Möglichkeiten zur Steuervermeidung oder -minderung verringern. So unterliegen jetzt das Übermaß an Gewinnbeteiligung an einer Personengesellschaft und die beim Ausscheiden eines Gesellschafters eintretende Bereicherung der anderen Gesellschafter oder der Gesellschaft der Steuer ebenso wie der Übergang von Vermögen auf eine Familienstiftung.

Erbschaftsteuerpflichtig sind alle im § 1 Abs. 1 des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes aufgeführten

Wertstufe nach dem Wert des Erwerbs im ganzen	Erwerbe insgesamt				Erwerbe von Todes wegen		Erwerbe durch Schenkung unter Lebenden	
	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs		fest- gesetzte Steuer	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs im ganzen	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs im ganzen
		im ganzen	steuer- pflichtig					
	Anzahl	1 000 DM			Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM
Erwerbe, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden ist (Veranlagungen auf Grund der gesetzlichen Regelung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974)								
unter 10 000 DM	26 544	127 519	126 823	11 723	23 805	114 896	2 739	12 623
10 000 - 50 000 "	16 777	416 278	277 475	28 748	13 629	320 209	3 148	96 069
50 000 - 100 000 "	5 040	339 952	219 980	18 328	3 305	225 677	1 735	114 275
100 000 - 250 000 "	2 592	380 406	302 481	25 572	1 690	251 316	902	129 090
250 000 - 500 000 "	740	249 688	192 466	16 552	508	171 907	232	77 781
500 000 - 1 Mill. "	286	191 656	174 465	18 706	195	131 604	91	60 052
1 Mill. und mehr "	186	432 290	423 593	53 074	98	226 082	88	206 208
Insgesamt	52 165	2 137 789	1 717 283	172 703	43 230	1 441 691	8 935	696 098
Erwerbe, bei denen die Steuerschuld nach dem 31. Dezember 1973 entstanden ist (Veranlagungen auf Grund der gesetzlichen Regelung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974)								
unter 10 000 DM	3 815	22 859	11 540	2 301	3 041	18 326	774	4 533
10 000 - 50 000 "	11 151	234 208	146 293	21 323	9 376	201 011	1 775	33 197
50 000 - 100 000 "	1 657	117 236	81 169	11 843	1 381	96 530	276	20 706
100 000 - 250 000 "	1 588	228 971	125 071	14 397	1 094	159 524	494	69 447
250 000 - 500 000 "	295	100 627	72 691	8 660	200	69 290	95	31 337
500 000 - 1 Mill. "	103	70 435	51 684	6 000	90	61 955	13	8 480
1 Mill. und mehr "	28	50 104	45 183	7 235	24	43 363	4	6 741
Insgesamt	18 637	824 440	533 631	71 759	15 206	649 999	3 431	174 441

unentgeltlichen Vermögensübertragungen, also der Erwerb von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen und der Vermögensübergang auf eine Familienstiftung. In der statistischen Aufbereitung wird dagegen nur nach Erwerben von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden differenziert, während die Zweckzuwendungen je nach dem Anlaß, aus dem sie gewährt werden, einer der beiden erstgenannten Erwerbsarten zugeordnet werden. Die Besteuerung des Vermögensübergangs auf eine Familienstiftung soll erstmals am 1. Januar 1984 erfolgen und ist deshalb in diesem Beitrag nicht berücksichtigt worden.

Die Erbschaftsteuerstatistik als Sekundärstatistik greift auf die steuerlichen Unterlagen der Finanzämter zurück und kann damit ohne zusätzliche Befragung der Bürger und unter Wahrung des Steuergeheimnisses Aufschluß darüber geben, in welchem Umfang der Erbübergang für die Vermögensbildung von Bedeutung ist und in welchem Ausmaß die Erbschaftsbesteuerung zur Auflösung von Vermögensmassen führt.

Nachdem die Erbschaftsteuerstatistik von 1953 bis 1962 jährlich durchgeführt worden ist, wurde sie 1963 vorerst eingestellt. In dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) wurde angeordnet, daß die Erbschaftsteuerstatistik nur noch alle sechs Jahre, beginnend mit 1972, zugleich für die vorhergehenden fünf Jahre aufzustellen ist. Durch Artikel 22 des Ersten Gesetzes zur Änderung Statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) wird ab 1979 aus Kostenersparnisgründen auf die Erstellung einer Erb-

schaftsteuerstatistik verzichtet. Die vorliegende Veröffentlichung soll einen abschließenden Überblick über die steuerlich erfaßten unentgeltlichen Vermögensübergänge in den Jahren 1967 bis 1978 geben.

Das zum 1. Januar 1974 in Kraft getretene reformierte Erbschaftsteuerrecht führt dazu, daß die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Statistik nach diesem Stichtag mit den vorhergehenden stark eingeschränkt ist. Darüber hinaus macht die Gesetzesnovelle eine gesonderte statistische Aufbereitung der Erbschaftsteuerveranlagungen nach altem und neuem Recht unmöglich. Es werden deshalb die Angaben für die Jahre 1967 bis 1973 und die Jahre 1974 bis 1978 hier zusammengefaßt dargestellt, zumal die jährliche Zahl und der Wert der steuerpflichtigen Erbanfälle und Schenkungen starken Unregelmäßigkeiten unterworfen ist.

Zur Abgrenzung des Darstellungsbereichs

Da die Erbschaftsteuerstatistik auf den Regelungen des Erbschaftsteuergesetzes aufbaut, ist zum besseren Verständnis der in dieser Veröffentlichung vorgelegten Zahlen die Kenntnis der methodischen Grundlagen sowie der relevanten steuerrechtlichen Bestimmungen und statistischen Begriffe zweckmäßig. Ausführlichere Erläuterungen enthält der Statistische Bericht über die Erbschaftsbesteuerung in den Jahren 1967 bis 1978.

Die unentgeltlichen Vermögensübergänge werden in der Statistik insofern unvollständig nachgewiesen, als diejenigen Erbanfälle, Schenkungen und Zweckzuwendungen unberücksichtigt bleiben, welche die im Ge-

setz für die einzelnen Steuerklassen vorgesehenen Freibeträge und Besteuerungsgrenzen nicht überschreiten. Die persönlichen allgemeinen Freibeträge machten bis 1973 zwischen 250 000 DM für den Ehegatten des Erblassers, soweit Kinder aus dieser Ehe vorhanden sind, und 1 000 DM für die übrigen Erwerbe und Zweckzuwendungen aus; sie wurden durch die Novellierung des Erbschaftsteuergesetzes der Geldwertentwicklung angepaßt und betragen seither für den Ehegatten 250 000 DM, unabhängig davon, ob

Kinder aus der Ehe vorhanden sind, und 2 000 DM für den Erwerb von Inlandsvermögen im Sinne des § 121 des Bewertungsgesetzes. Daneben steht nach dem neuen Erbschaftsteuerrecht dem Ehegatten und den Kindern ein besonderer Versorgungsfreibetrag in Höhe von 250 000 DM bzw. ein nach dem Alter des Kindes gestaffelter Freibetrag zwischen 50 000 und 10 000 DM zu. Steuerfreie Ehegattenerwerbe werden dagegen nachgewiesen, wenn sie die Freibeträge nach den §§ 16 und 17 ErbStG unter Berücksichtigung der

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe nach Erwerbsarten und Steuerklassen 1967 - 1978

Steuerklasse	Erwerbe von Todes wegen				Erwerbe durch Schenkung unter Lebenden			
	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs		fest- gesetzte Steuer	Steuer- fälle	Wert des Erwerbs		fest- gesetzte Steuer
		im ganzen	steuer- pflichtig			im ganzen	steuer- pflichtig	
	Anzahl	1 000 DM			Anzahl	1 000 DM		
Erwerbe, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden ist (Veranlagungen auf Grund der gesetzlichen Regelung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974)								
Steuerklasse I	7 069	931 961	656 658	49 820	4 749	620 090	492 627	40 653
1. Ehegatten	1 903	286 097	157 161	10 880	139	20 912	11 634	679
2. Kinder	5 166	645 864	499 497	38 940	4 610	599 178	480 993	39 974
Steuerklasse II (Abkömmlinge der in der Steuer- klasse I/2 genannten Personen)	510	35 780	26 063	2 960	333	19 869	13 528	1 646
Steuerklasse III	12 363	197 675	196 948	20 513	773	13 890	13 881	1 814
1. Eltern, Großeltern und weitere Voreltern	2 605	38 219	38 140	3 554	224	3 200	3 196	322
2. Stiefeltern	31	448	448	38	10	135	135	10
3. Geschwister	9 727	159 008	158 360	16 921	539	10 555	10 550	1 482
Steuerklasse IV	9 566	141 417	141 115	21 153	1 372	23 836	23 812	3 658
1. Schwiegerkinder	279	3 618	3 611	466	182	2 998	2 995	420
2. Schwiegereltern	11	228	228	34	28	348	348	46
3. Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern	9 276	137 571	137 276	20 653	1 162	20 490	20 469	3 192
Steuerklasse V (übrige Erwerber und Zweck- zuwendungen)	13 722	134 858	134 264	26 596	1 708	18 413	18 387	3 890
Insgesamt	43 230	1 441 691	1 155 048	121 042	8 935	696 098	562 235	51 661
Erwerbe, bei denen die Steuerschuld nach dem 31. Dezember 1973 entstanden ist (Veranlagungen auf Grund der gesetzlichen Regelung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Refo- des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974)								
Steuerklasse I	1 120	255 501	143 094	10 228	699	118 879	59 273	3 743
1. Ehegatten	59	41 382	19 373	1 688	23	12 070	6 319	552
2. Kinder	1 049	212 519	123 111	8 512	673	106 321	52 646	3 168
3. Kinder verstorbener Kinder	12	1 600	610	28	3	488	308	23
Steuerklasse II (Abkömmlinge der in der Steuer- klasse I/2 genannten Personen, sofern sie nicht zur Steuerklasse I/3 gehören)	55	10 915	8 255	1 357	63	4 660	1 640	114
Steuerklasse III	7 625	258 474	182 557	26 891	1 441	34 719	20 518	2 659
1. Eltern und Voreltern	877	26 686	17 919	2 268	329	7 698	4 430	548
2. Adoptiveltern	14	342	202	23	2	34	14	1
3. Geschwister	3 578	127 261	91 628	13 639	384	9 701	5 917	803
4. Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern	3 031	101 015	70 881	10 737	468	12 280	7 728	1 031
5. Stiefeltern	15	272	122	14	22	472	262	29
6. Schwiegerkinder	76	2 013	1 261	150	202	3 804	1 779	204
7. Schwiegereltern	-	-	-	-	22	444	223	24
8. Geschiedene Ehegatten	34	885	544	60	12	286	165	19
Steuerklasse IV (übrige Erwerber und Zweck- zuwendungen)	6 406	125 109	105 782	24 048	1 228	16 183	12 512	2 719
Insgesamt	15 206	649 999	439 688	62 524	3 431	174 441	93 943	9 235

Zugewinnausgleichsforderung übersteigen. Bis Ende 1973 wurden die steuerfreien Ehegattenerwerbe allerdings nur dann statistisch erfaßt, sofern der Erwerb über 30 000 DM lag und bei dem betreffenden Nachlaß auch ein steuerbelasteter Erwerb anfiel.

Erwerbe von Todes wegen überwiegen

In dem Zeitraum von 1967 bis 1978 wurden in Rheinland-Pfalz 52 165 unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe veranlagt, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden war. Der Wert der Erwerbe belief sich auf insgesamt 2 138 Mill. DM. Im gleichen Zeitabschnitt wurden nur 98 beschränkt steuerpflichtige Erwerbe mit einem Gesamtwert von 2 Mill. DM registriert. Auf die Erwerbe von Todes wegen entfielen 43 230 (83%) der Steuerfälle, wobei die Erbschaften im Schnitt 33 300 DM betrugen. Mit 77 900 DM je Steuerfall war der Wert der Schenkungen unter Lebenden mehr als doppelt so hoch.

Hieraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß die bei Schenkungen unter Lebenden übertragenen Vermögenswerte generell höher sind als bei Erbschaften. Einerseits sind Schenkungen unter Lebenden von der Finanzverwaltung schwieriger zu erfassen als Erwerbe von Todes wegen, was dazu führt, daß nur relativ große Schenkungen veranlagt und somit statistisch erfaßt werden. Zum anderen entfiel der Großteil der Schenkungen unter Lebenden sowohl von der Anzahl her (57%) als auch wertmäßig (92%) auf Angehörigen der Steuerklassen I und II (Ehegatten, Kinder, Enkel), während an den Erwerben von Todes wegen der genannte Personenkreis nur zu 18 und 67% beteiligt war. Dies und die im Gegensatz zu den übrigen Steuerklassen sehr hohen Freibeträge in den Steuerklassen I und II führen dazu, daß die kleineren Erwerbe, die den Durchschnittsbetrag herunterdrücken, von vornherein außer Betracht bleiben.

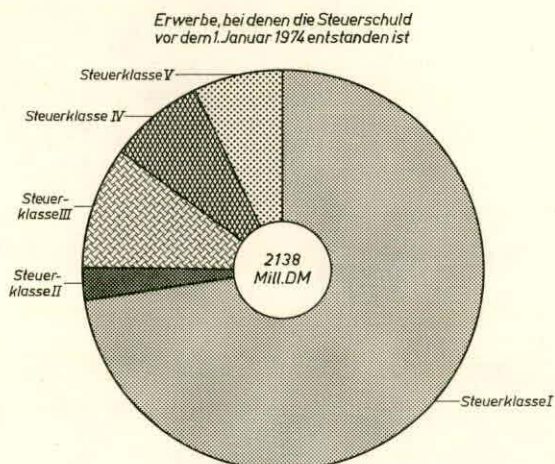
In den Jahren von 1974 bis 1978 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 15 206 Erwerbe von Todes wegen und 3 431 Schenkungen unter Lebenden, deren Steuerschuld nach dem 31. Dezember 1973 entstanden war, mit einem Gesamtwert von 650 bzw. 174 Mill. DM veranlagt. Die festgelegte Steuer bezifferte sich auf insgesamt 72 Mill. DM. Nach Inkrafttreten der Erbschaftsteuerreform wurden in den Jahren 1974 bis 1976 von den Finanzämtern nur relativ wenig Veranlagungen nach dem neuen Erbschaftsteuergesetz durchgeführt, weil vorrangig die Steuerfälle bearbeitet wurden, deren Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden war.

Im zeitlichen Verlauf war die Zahl der Erbschaftsteuerveranlagungen starken Schwankungen unterworfen. Wurden 1967 erst 3 608 Steuerfälle registriert, so stieg die Zahl bis 1972 auf 8 286; seit diesem Zeitpunkt ist wieder eine sinkende Tendenz zu verzeichnen.

Bei 472 Erbschaften betrug der Wert des Erwerbs im ganzen mehr als 500 000 DM

Die Erwerbe mit einem Wert von weniger als 50 000 DM machten im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1974 bei den nach altem Erbschaftsteuerrecht veranlagten Erwerben 83% aus, während sie am Wert der Erwerbe nur mit 25% beteiligt waren. Auch bei den nach neuem Recht besteuerten Erwerben waren die

Wert der unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerbe im ganzen nach Steuerklassen 1967-1978



beiden unteren Wertstufen stark besetzt. Der Anteil der Steuerfälle lag mit 80% allerdings geringfügig unter dem oben genannten, während der wertmäßige Anteil mit 31% darüber lag. Dies dürfte in erster Linie auf die Erhöhung der Freibeträge zurückzuführen sein, die dazu geführt hat, daß die sehr kleinen Erwerbsfälle nicht der Erbschaftsteuer unterliegen.

Nur 0,9% aller Veranlagungen, die in den Jahren 1967 bis 1978 nach altem Recht durchgeführt wurden, entfielen auf Erwerbe von 500 000 DM und mehr, wobei der Durchschnittswert der Vermögensübertragungen mit 1,3 Mill. DM relativ hoch war. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuerrechts wurden 131 (0,7%) Steuerfälle mit einem Wert von mehr als 500 000 DM registriert. Gleichzeitig reduzierte sich der dem Erben zugeflossene Wert auf 920 000 DM je Fall.

Diese Großerwerbe, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden war, trugen allerdings 42% zum Gesamtsteueraufkommen von 173 Mill. DM bei, während die kleinen Erwerbe unter 50 000 DM 23% erbrachten. Mit 12% war auch die durchschnittliche Steuerbelastung, gemessen am Wert der steuerpflichtigen Erwerbe, bei den Großerwerbern um 2 Prozentpunkte höher als bei den kleinen Erwerben unter 50 000 DM.

Die Höhe der Erbschaftsteuer ist von der Höhe des Erwerbswertes und vom Verwandtschaftsgrad des Erben zum Erblasser oder Schenker abhängig. Während

Reinnachlasse ¹⁾ nach Wertstufen und der Art der beteiligten Erwerbe 1967 - 1978

Wertstufe nach dem Wert der Reinnachlasse 2)	Reinnachlasse insgesamt		Steuerbelastete Erwerbe			Steuerbefreite Erwerbe			Fest- gesetzte Steuer
	Fälle	Wert	der Reinnachlasse						
			Fälle	Wert des Erwerbs		Ehegattenerwerbe 3)		sonstige Erwerbe	
				im ganzen	steuer- pflichtig	Fälle	Wert des Erwerbs		
	Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM		Anzahl	1 000 DM		
Erwerbe, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden ist (Veranlagungen auf Grund der gesetzlichen Regelung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974)									
unter 10 000 DM	5 504	32 299	6 878	30 744	30 548	-	-	1 555	2 723
10 000 - 50 000 "	9 781	243 974	20 425	231 201	189 339	5	170	12 603	18 242
50 000 - 100 000 "	2 948	205 183	7 465	197 969	142 539	70	2 826	4 388	13 963
100 000 - 250 000 "	1 880	285 231	5 075	265 679	206 207	202	15 964	3 588	20 319
250 000 - 500 000 "	603	206 836	1 745	191 698	141 786	95	14 249	889	13 006
500 000 - 1 Mill. "	218	151 019	683	147 091	121 576	15	2 811	1 117	11 020
1 Mill. und mehr "	123	339 234	504	337 950	321 706	5	1 051	233	41 658
Insgesamt	21 057	1 463 776	42 775	1 402 332	1 153 701	392	37 071	24 373	120 931
Erwerbe, bei denen die Steuerschuld nach dem 31. Dezember 1974 entstanden ist (Veranlagungen auf Grund der gesetzlichen Regelung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vom 17. April 1974)									
unter 10 000 DM	602	3 845	673	3 798	1 820	-	-	47	362
10 000 - 50 000 "	4 065	105 887	6 097	102 757	59 091	-	-	3 130	8 696
50 000 - 100 000 "	1 510	106 714	3 646	102 887	70 171	-	-	3 827	10 147
100 000 - 250 000 "	1 172	176 861	3 281	170 911	111 452	-	-	5 950	15 862
250 000 - 500 000 "	334	112 758	919	105 884	70 550	2	752	6 122	9 141
500 000 - 1 Mill. "	112	77 142	389	73 096	50 203	-	-	4 046	7 016
1 Mill. und mehr "	46	89 886	177	89 051	75 741	-	-	835	11 177
Insgesamt	7 841	673 093	15 182	648 384	439 028	2	752	23 957	62 401

1) Nur Nachlasse, bei denen der Erblasser Inländer im Sinne des Erbschaftsteuerrechts und mindestens ein steuerbelasteter Erwerb am Nachlaß beteiligt war; einschl. Zweckzuwendungen von Todes wegen. - 2) Nach Abzug des Zeitwerts der Lastenausgleichsabgaben; Erwerbe, bei denen die Steuerschuld nach dem 31. Dezember 1973 entstanden ist: nach Abzug des ausgeglichenen Zugewinns (§ 1371 Abs. 2 BGB) bzw. der fiktiv ermittelten oder pauschal mit 25 % geschätzten Zugewinnausgleichsförderung (§ 5 Abs. 1 ErbStG). - 3) Erwerbe, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden ist: nur steuerfreie Ehegattenerwerbe, bei denen der Wert des Erwerbs über 30 000 DM lag; Erwerbe, bei denen die Steuerschuld nach dem 31. Dezember 1973 entstanden ist: nur steuerfreie Ehegattenerwerbe, die die Freibeträge nach den §§ 16 und 17 ErbStG übersteigen, aber nach Berücksichtigung der Zugewinnausgleichsförderung (§ 5 Abs. 1 ErbStG) steuerfrei waren.

die Steuerbelastung für Ehegatten und Kinder (Steuerklasse I) mit 7,9% relativ niedrig ist, beträgt sie bei den übrigen Erwerbern und Zweckzuwendungen (Steuerklasse V) 20%. Durch die Erbschaftsteuerreform 1974 sank die Steuerbelastung für die Angehörigen der Steuerklasse I auf 6,9%, die der Steuerklasse IV stieg dagegen auf 22,6%.

Höchste Erbschaften zwischen Verwandten

In 70% aller Steuerfälle, die nach dem bis Ende 1973 gültigen Erbschaftsteuergesetz veranlagt wurden, fanden die Vermögensübertragungen unter Personen statt, die in verwandtschaftlichem Verhältnis zueinander standen. Auf die Steuerklasse I entfielen zwar nur 23% der Erwerbsfälle, aber 73% des gesamten Erwerbswertes. Die hohen Freibeträge in der Steuerklasse I führten zu dem großen Durchschnittswert der Erwerbe von 131 000 DM, da kleinere Vermögensübergänge von vornherein nicht erfaßt wurden. Mit der Anhebung der Freibeträge im Zuge der Erbschaftsteuerreform stieg der Wert je Steuerfall in Steuerklasse I auf 206 000 DM. Die Stellung der Ehegatten bei Erwerbsfällen wurde durch das neue Erbschaftsteuergesetz ganz erheblich verbessert. Verdeutlicht wird dies durch den sehr hohen Durchschnittswert des Vermögensübergangs von 652 000 DM gegenüber 150 000 DM nach altem Recht, wobei nach

neuem Recht nur 48%, nach altem Recht 55% des Erwerbs steuerpflichtig waren.

Steuerklasse II war sowohl nach der Anzahl als auch nach dem Wert des Erwerbs relativ schwach besetzt. Dagegen entfiel auf die alten Steuerklassen III und IV, die der heutigen Steuerklasse III entsprechen, nahezu die Hälfte aller Steuerfälle. Bei den nach altem Recht veranlagten Erwerben stellten sie lediglich 18% des Wertes, während die neue Steuerklasse III 36% des Wertes auf sich vereinigte. Der Anteil des tatsächlich zur Besteuerung herangezogenen Wertes des Erwerbs am Gesamtbetrag der Erwerbe war recht unterschiedlich. Während bei den nach altem Recht veranlagten Erwerben der Steuerklassen III und IV nahezu 100% des Erwerbs steuerpflichtig waren, belief sich der Anteil in der neuen Steuerklasse III auf 69%. Dies hat seine Ursache darin, daß bis 1973 lediglich Besteuerungsgrenzen bestanden, die dazu führten, daß Erwerbe, welche die Freigrenze überschritten, mit ihrem Gesamtwert steuerpflichtig waren. Seither gelten auch für die ehemaligen Steuerklassen III und IV, die der jetzigen Steuerklasse III entsprechen, Freibeträge.

87% der Nachlasse mit einem Wert unter 100 000 DM

Die Erwerbstatistik wird durch eine Nachlaßstatistik ergänzt, die nicht den einzelnen Erwerb, sondern den

gesamten Nachlaß erfaßt. Im Beobachtungszeitraum wurden 21 057 Nachlasse mit einem Wert von 1 464 Mill. DM registriert, bei denen die Steuerschuld vor 1974 entstanden war. An diesen Reinnachlassen waren 42 775 steuerbelastete Erwerbe und 392 steuerbefreite Ehegattenerwerbe beteiligt. Gegliedert nach Wertstufen lagen 87% der Nachlasse unter 100 000 DM; sie waren an dem Gesamtwert der Nachlasse aber nur zu 33% beteiligt. Lediglich 0,6% der Nachlasse erreichten einen Wert von 1 Mill. DM und mehr.

Nach dem neuen Erbschaftsteuerrecht wurden 7 841 Nachlasse mit einem Wert von 673 Mill. DM veranlagt. Infolge der Heraufsetzung der Freibeträge verlor die Wertstufe unter 10 000 DM stark an Bedeutung. Auf sie entfielen 7,7% der Fälle und nur noch 0,6% des

Wertes. Die Besetzung konzentrierte sich nun auf die mittleren Wertstufen von 10 000 bis 250 000 DM.

Von Bedeutung ist auch die Frage, in welchem Umfang durch den Erbüberhang große Vermögen aufgelöst wurden. In 123 Fällen wurden Nachlasse, die nach altem Recht veranlagt wurden, mit einem Wert von 1 Mill. DM und mehr registriert, wobei der durchschnittliche Wert der Nachlasse 2 758 000 DM betrug. Die Millionen-Nachlasse fielen 504 steuerbelasteten Erben zu, von denen 98 ein Vermögen von 1 Mill. DM und mehr erbten. Jede dieser 98 Personen konnte im Schnitt eine Erbschaft von 2 307 000 DM antreten. Dies zeigt, daß trotz Erbübergang die Großvermögen fast vollständig erhalten bleiben.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Wein-, Obst- und Gemüsebau 1981

Spätfröste in den Weinbergen

Infolge der ab Ende März warmen Frühlingswitterung setzte der Rebenaustrieb im südlichen Landesteil bereits um den 10. April und in den übrigen Gebieten nur wenige Tage später ein. Der Wachstumsbeginn lag damit um gut zehn Tage früher als in Normaljahren. Ein ähnlich früher Austrieb war zuletzt im Jahre 1974 beobachtet worden. Zu Beginn der dritten Aprildekade traten in vielen Weinbergen empfindliche Nachtfröste auf, die an den Knospen und jungen Blättern gebietsweise erhebliche Schäden verursachten. Betroffen wurden insbesondere die Weinbaugebiete Ahr, Mittelrhein und Nahe sowie die Bereiche Obermosel und Saar-Ruwer. In den übrigen Gebieten hielten sich die Schäden in Grenzen. Die günstige Witterung ab Anfang Mai hat hier noch einen überraschend zahlreichen Austrieb von schlafenden Augen bewirkt. Ende Mai war schon zu erkennen, daß die Schäden nicht so schwer wie ursprünglich befürchtet waren.

Frühe Rebenblüte

Die weitere Entwicklung verlief dann Ende Mai und Anfang Juni bei überwiegend sommerlichem Wetter sehr rasch. Im südlichen Landesteil begann bereits um den 10. Juni und in den übrigen Gebieten nur einige Tage später die Rebenblüte. Wegen der weiterhin günstigen Witterung war die Rebenblüte in vielen Gebieten bereits nach zehn Tagen abgeschlossen. Lediglich im nördlichen Landesteil dauerte sie bis zu 14 Tagen. Ende der ersten Julidekade war sie überall beendet. Im Jahr zuvor hatte sie sich vielerorts bis Ende Juli hingezogen.

Den Geschehensansatz bezeichneten ein Viertel der Berichtersteller als gut und zwei Drittel als mittel. Die Rebenblüte ging im Gegensatz zum Vorjahr ohne nennenswerte Verrieselungsschäden vonstatten. Daraufhin wurde der Traubenansatz Ende Juli ebenfalls als mittel beurteilt. Bei überwiegend günstiger Witterung verlief die Entwicklung der Reben und Trauben im Sommer und Frühherbst bis etwa Mitte Oktober sehr vorteilhaft. Insbesondere das warme Spätsommerwetter von Beginn der dritten Augustdekade an bis etwa

Mitte September wirkte sich so günstig aus, daß bereits Ende August in vielen Gebieten die Beeren in den Wein gingen. Die frühen Rebsorten wurden Ende September und Anfang Oktober in allen Weinbaugebieten gelesen. Mitte Oktober setzte eine wesentliche Wetterverschlechterung ein mit häufigen Regenfällen und niedrigen Temperaturen. Daraufhin mußten auch im nördlichen Landesteil die Rieslingtrauben Ende Oktober rasch und unter widrigen Witterungsverhältnissen eingebracht werden. Ende Oktober war die Weinlese im wesentlichen beendet. Lediglich in Einzelfällen konnten Mitte November bei den ersten stärkeren Frösten noch Eisweine gelesen werden.

Die im Ertrag stehende Rebfläche betrug 1981 in Rheinland-Pfalz insgesamt 57 850 ha. Im Vergleich zum Vorjahr ging sie damit um gut 1 000 ha zurück. Davon waren gut 15 200 ha mit der Rebsorte Müller-Thurgau, 12 300 ha mit Riesling und 7 700 ha mit Silvaner bestockt. In Anbetracht der seit einigen Jahren eingetretenen erheblichen Veränderungen in der Anbaustruktur wurden 1981 für 17 Rebsorten mit mindestens 300 ha Anbaufläche die Erntemengen festgestellt. An Bedeutung gewonnen haben die Sorten Kerner und Scheurebe mit jeweils etwa 3 000 ha sowie Morio-Muskat mit 2 900 ha, Bacchus mit 2 100 ha, Ruländer mit 1 300 ha und Huxelrebe mit knapp 1 300 ha, während die früher schon verbreiteten Sorten Blauer Portugieser und Elbling auf 2 100 bzw. knapp 1 000 ha zurückgegangen sind.

Die Weinmosternte 1981 erreichte in Rheinland-Pfalz insgesamt 5,3 Mill. hl. Sie übertraf damit zwar die geringe Ernte des Vorjahres um fast 2 Mill. hl, blieb aber noch um fast 300 000 hl oder 5% unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1975/80. Sie entspricht etwa der Menge von 1979. Während in den Jahren vor 1970 die Weinmosternten in Rheinland-Pfalz in der Regel weniger als 5 Mill. hl betragen hatten, sind seit 1972 lediglich in den beiden Jahren 1978 und 1980 geringere Weinmosternten als im Jahre 1981 eingebracht worden.

Die Qualität des 81er Jahrgangs kann als recht gut bezeichnet werden. Von der Gesamtmenge waren 43%

Rebsorte	Ertrags- fläche	Hektarertrag			Erntemenge		Most- gewicht	Geeignet für	
		1975/80	1980	1981	1980	1981		Qualitäts- wein	Prädikats- wein
	ha	hl					Grad Öchsle	%	
Insgesamt									
Bacchus	2 068	.	40,1	81,5	69 895	168 536	77	37	63
Burgunder, Weißer	420	.	.	78,5	.	32 970	81	18	82
Elbling, Weißer	999	113,4	66,0	86,4	65 148	86 356	63	87	10
Faber	1 654	.	54,9	85,9	87 073	142 099	77	36	64
Huxelrebe	1 270	.	65,8	80,4	79 537	102 095	84	11	89
Kerner	3 045	.	78,9	97,3	271 873	296 331	80	24	76
Morio-Muskat	2 931	120,2	109,2	113,1	282 838	331 514	66	87	7
Müller-Thurgau	15 220	97,0	42,1	99,0	648 774	1 506 917	72	62	37
Optima	405	.	35,8	61,3	14 298	24 832	84	5	95
Ortega	770	.	26,5	53,8	24 867	41 446	90	5	95
Riesling, Weißer	12 282	89,1	54,4	97,3	655 942	1 194 610	70	57	41
Ruländer	1 314	79,3	45,8	70,6	55 066	92 807	84	14	86
Scheurebe	2 989	93,4	60,2	85,4	183 508	255 245	78	35	65
Silvaner, Grüner	7 714	94,7	63,8	78,0	549 844	601 753	72	61	38
Traminer, Roter	496	.	.	69,8	.	34 596	87	12	88
Burgunder, Blauer Spät	316	71,7	42,4	63,6	15 012	20 109	80	32	68
Portugieser, Blauer	2 139	118,3	86,4	103,8	191 551	222 083	66	85	5
Anbaugebiet Ahr									
Burgunder, Blauer Spät	97	63,7	27,5	37,7	3 438	3 657	83	9	91
Portugieser, Blauer	105	91,9	38,5	22,7	3 350	2 384	69	71	29
Anbaugebiet Mittelrhein									
Riesling, Weißer	563	70,3	33,9	59,9	18 048	33 715	70	57	39
Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer									
Elbling, Weißer	999	113,4	66,0	86,4	65 092	86 356	63	87	10
Kerner	303	.	66,7	108,0	28 607	32 714	76	32	68
Müller-Thurgau	2 483	98,4	34,9	98,0	85 015	243 390	69	66	31
Riesling, Weißer	6 840	91,2	45,4	108,0	305 922	738 869	68	61	37
Anbaugebiet Nahe									
Müller-Thurgau	1 244	75,6	26,7	58,9	34 409	73 277	72	55	44
Riesling, Weißer	928	72,4	41,7	59,9	37 478	55 553	70	54	45
Silvaner, Grüner	836	74,8	41,5	60,4	37 193	50 487	70	76	22
Anbaugebiet Rheinhessen									
Bacchus	1 275	.	34,8	74,3	40 223	94 689	78	35	65
Faber	1 191	.	49,7	75,9	57 795	90 451	77	29	71
Huxelrebe	673	.	58,6	69,4	39 038	46 685	85	12	88
Kerner	867	.	59,8	74,1	67 219	64 216	83	12	88
Morio-Muskat	1 091	103,4	91,7	89,5	94 848	97 671	67	88	12
Müller-Thurgau	6 392	88,9	33,2	88,1	219 945	563 234	74	49	51
Ortega	382	.	26,3	45,4	12 583	17 335	89	8	92
Riesling, Weißer	1 115	76,2	52,3	74,7	53 877	83 299	75	52	48
Ruländer	509	71,2	36,9	58,0	18 026	29 520	83	15	84
Scheurebe	1 688	87,3	54,0	73,1	94 331	123 394	79	30	70
Silvaner, Grüner	4 161	87,8	59,4	73,1	254 071	304 304	72	60	40
Burgunder, Blauer Spät	111	68,2	40,8	64,3	3 913	7 140	78	50	50
Portugieser, Blauer	571	101,8	52,8	85,8	32 303	48 980	70	93	7
Anbaugebiet Rheinpfalz									
Bacchus	382	.	67,1	104,2	18 984	39 822	77	46	54
Faber	352	.	79,1	126,9	22 933	44 652	76	53	47
Huxelrebe	539	.	77,3	97,0	37 810	52 309	84	10	90
Kerner	1 685	.	99,0	110,3	161 303	185 832	80	28	72
Morio-Muskat	1 778	133,1	123,7	128,8	184 807	229 039	66	87	5
Müller-Thurgau	4 959	113,8	62,2	124,8	306 484	619 071	71	73	25
Ortega	223	.	28,6	66,4	8 008	14 802	93	3	97
Riesling, Weißer	2 761	98,5	85,4	101,1	238 481	279 184	74	50	48
Ruländer	678	87,8	56,1	83,3	33 189	56 461	85	14	86
Scheurebe	1 045	108,2	73,7	109,6	76 364	114 575	77	42	58
Silvaner, Grüner	2 704	108,1	75,4	91,0	257 270	246 193	73	61	38
Burgunder, Blauer Spät	95	86,5	60,7	90,7	7 044	8 613	81	28	72
Portugieser, Blauer	1 436	127,1	103,5	117,0	154 481	168 065	65	83	4
Bereich Bacharach									
Riesling, Weißer	287	69,6	31,6	51,6	7 932	14 809	66	83	13
Bereich Rhein-Burgengau									
Riesling, Weißer	276	71,0	36,0	68,5	10 116	18 906	73	36	60

Rebsorte	Ertrags- fläche	Hektarertrag			Erntemenge		Most- gewicht	Geeignet für	
		1975/80	1980	1981	1980	1981		Qualitäts- wein	Prädikats- wein
	ha	hl					Grad Öchsle	%	
Bereich Bernkastel									
Müller-Thurgau	1 750	100,9	34,2	104,4	58 277	182 700	69	64	34
Riesling, Weißer	4 339	93,6	46,5	120,9	200 415	524 585	68	58	40
Bereich Obermosel									
Elbling, Weißer	865	110,1	63,6	81,0	52 597	70 065	62	92	6
Bereich Saar-Ruwer									
Müller-Thurgau	292	80,8	29,6	47,1	9 294	13 753	66	52	24
Riesling, Weißer	1 144	79,6	26,5	62,2	28 700	71 157	66	69	22
Bereich Zell/Mosel									
Müller-Thurgau	377	104,7	42,3	107,9	14 763	40 678	68	78	22
Riesling, Weißer	1 348	94,2	57,2	105,8	76 762	142 618	69	65	35
Bereich Bad Kreuznach									
Müller-Thurgau	803	78,1	26,2	63,3	21 484	50 830	72	51	48
Riesling, Weißer	434	74,4	46,3	76,1	28 475	33 027	70	44	54
Silvaner, Grüner	608	80,1	45,3	64,7	24 054	39 338	70	72	26
Bereich Schloß Böckelheim									
Müller-Thurgau	441	71,5	27,5	50,9	12 925	22 447	71	65	35
Riesling, Weißer	494	68,4	31,7	45,6	9 003	22 526	70	69	31
Silvaner, Grüner	228	66,8	35,9	48,9	13 139	11 149	66	90	8
Bereich Bingen									
Bacchus	514	.	31,7	69,2	13 631	35 569	78	30	70
Faber	494	.	44,9	71,7	20 519	35 420	78	32	68
Kerner	299	.	55,8	73,1	22 041	21 857	84	15	85
Morio-Muskat	296	93,9	72,3	81,7	21 545	24 183	71	79	21
Müller-Thurgau	1 904	85,6	28,6	84,4	61 833	160 698	74	44	56
Scheurebe	597	87,0	49,7	72,0	30 118	42 984	80	25	75
Silvaner, Grüner	1 675	85,6	50,6	63,0	80 454	105 525	73	62	38
Portugieser, Blauer	257	94,3	40,3	76,7	12 493	19 712	71	93	7
Bereich Nierstein									
Bacchus	489	.	32,3	76,4	14 923	37 360	77	45	55
Faber	430	.	51,3	77,0	22 931	33 110	77	23	77
Kerner	322	.	59,6	71,5	25 986	23 023	84	10	90
Morio-Muskat	366	103,5	87,2	85,8	33 223	31 403	70	83	17
Müller-Thurgau	2 752	88,4	33,7	87,1	88 800	239 699	74	55	45
Riesling, Weißer	540	76,2	57,0	69,7	30 210	37 638	75	51	49
Scheurebe	680	84,1	56,7	73,1	39 860	49 708	79	29	71
Silvaner, Grüner	1 649	88,6	65,9	80,7	119 279	133 074	71	69	31
Portugieser, Blauer	127	98,9	52,9	81,3	7 829	10 325	71	87	13
Bereich Wonnegau									
Faber	267	.	55,6	82,1	14 345	21 921	77	33	67
Huxelrebe	284	.	60,8	70,1	17 450	19 908	85	12	88
Morio-Muskat	429	111,2	112,9	98,1	40 080	42 085	63	97	3
Müller-Thurgau	1 736	93,6	38,0	93,8	69 312	162 837	75	46	54
Riesling, Weißer	324	76,7	54,9	81,2	14 549	26 309	74	52	48
Scheurebe	411	92,8	55,6	74,7	24 353	30 702	77	39	61
Silvaner, Grüner	837	90,2	62,1	78,5	54 338	65 705	75	38	62
Bereich Südliche Weinstraße									
Huxelrebe	415	.	79,1	100,2	29 742	41 583	83	11	89
Kerner	1 087	.	104,9	116,0	105 634	126 092	79	33	67
Morio-Muskat	1 318	135,3	121,8	130,5	129 595	171 999	65	85	5
Müller-Thurgau	3 232	113,0	58,2	129,4	189 557	418 221	71	75	23
Riesling, Weißer	605	95,4	69,0	96,9	49 266	58 625	70	72	19
Ruländer	418	86,8	53,6	85,5	21 172	35 739	84	15	85
Scheurebe	581	109,3	71,3	117,5	40 285	68 268	76	45	55
Silvaner, Grüner	1 641	108,6	72,8	89,2	145 090	146 377	73	59	39
Portugieser, Blauer	291	121,5	88,8	116,0	20 158	33 756	67	78	12
Bereich Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße									
Kerner	598	.	89,5	99,9	55 669	59 740	81	18	82
Morio-Muskat	460	127,3	128,4	124,0	55 212	57 040	67	91	6
Müller-Thurgau	1 727	115,4	70,1	116,3	116 927	200 850	72	69	30
Riesling, Weißer	2 156	99,7	91,1	102,3	189 215	220 559	75	44	56
Scheurebe	464	106,9	76,6	99,8	36 079	46 307	77	38	62
Silvaner, Grüner	1 063	107,5	79,0	93,9	112 180	99 816	73	63	37
Portugieser, Blauer	1 145	128,4	106,1	117,3	134 323	134 309	65	84	2

Anbaugebiet Bereich	Ertrags- fläche	Hektarertrag			Erntemenge		Most- gewicht	Säure- gehalt	Geeignet für	
		1975/80	1980	1981	1980	1981			Quali- täts- wein	Prädi- kats- wein
	ha	hl					Grad Öchsle	Pro- mille	%	
Ahr	366	75,7	30,3	38,4	10 712	14 039	74	11,9	45	55
Mittelrhein	728	70,7	34,2	61,8	24 472	44 986	71	11,6	53	44
Bacharach	347	69,8	31,5	52,0	9 521	18 051	67	12,6	78	19
Rhein-Burgengau	381	71,5	36,2	70,7	14 951	26 935	74	10,9	36	61
Mosel-Saar-Ruwer	11 373	94,4	45,2	102,1	514 464	1 161 259	68	11,3	61	37
Bernkastel	6 837	95,3	43,7	114,0	301 557	779 193	69	11,2	56	42
Obersmosel	972	106,6	60,5	81,8	57 301	79 547	63	11,8	90	8
Saar-Ruwer	1 597	78,7	28,0	57,3	44 668	91 578	67	12,3	63	26
Zell/Mosel	1 967	99,1	57,0	107,2	110 938	210 941	69	11,1	66	33
Nahe	4 133	73,6	37,3	60,3	162 440	249 382	73	9,9	51	48
Bad Kreuznach	2 665	76,4	39,1	67,1	110 466	178 803	73	9,7	47	52
Schloß Böckelheim	1 468	68,7	33,9	48,1	51 974	70 579	71	10,3	62	38
Rheinhessen	21 245	86,5	48,7	77,9	1 063 744	1 654 182	75	8,7	48	52
Bingen	7 059	83,9	41,9	72,7	304 233	513 401	76	8,8	45	55
Nierstein	8 461	86,0	51,0	78,2	446 873	661 468	75	8,8	51	49
Wonnegau	5 725	90,8	53,5	83,7	312 638	479 313	75	8,5	45	55
Rheinpfalz	20 006	110,2	79,3	109,0	1 614 417	2 181 491	73	8,7	58	39
Südliche Weinstraße	10 923	110,8	74,3	112,9	812 459	1 232 726	73	8,6	61	36
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	9 083	109,6	85,2	104,5	801 958	948 765	74	8,8	55	43
Rheinland-Pfalz	57 851	95,2	57,4	91,7	3 390 249	5 305 339	73	9,4	55	43

für die Herstellung von Prädikatswein geeignet, 55% für Qualitätswein und nur 2% für Tafelwein. Das Mostgewicht belief sich auf 73° Öchsle gegenüber 70° im letzten Jahre. Die Prädikatsmoste dürften jedoch überwiegend im Kabinettbereich gelegen haben.

Erhebliche Ertragsunterschiede

In allen Anbaugebieten und Bereichen wurden 1981 höhere Erntemengen und Hektarerträge erzielt als im Jahr zuvor, als die Weinmosterträge durch starke Verrieselungsschäden reduziert worden waren. Die Zunahme im Vergleich zu 1981 sind jedoch sehr unterschiedlich. Im Anbaugebiet Rheinpfalz fielen mit 2,2 Mill. hl insgesamt und 109 hl je Hektar etwa durchschnittliche Erntemengen an. Das gleiche gilt für das Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer, wo 1,2 Mill. hl insgesamt und 102 hl je Hektar geerntet wurden. In allen übrigen Anbaugebieten wurden trotz teilweise erheblicher Zunahmen gegenüber dem Vorjahr die Ertragswerte im mehrjährigen Durchschnitt deutlich unterschritten. Im Anbaugebiet Ahr wurden nur 14 000 hl insgesamt und 38 hl je Hektar geerntet und damit nicht einmal 50% der normalen Mengen erreicht. Aber auch am Mittelrhein (62 hl je Hektar), an der Nahe (60 hl) und in Rheinhessen (78 hl) blieben die Ergebnisse beträchtlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer bewirkten befriedigende Flächenleistungen in den Bereichen Bernkastel und Zell den relativ hohen Durchschnitt für das gesamte Anbaugebiet, während in den Anbaubereichen Obersmosel und Saar-Ruwer die Hektarerträge und Erntemengen sehr gering ausfielen. In diesen beiden Bereichen, an der Ahr und insbesondere im Bereich Schloß Böckelheim mußten zum vierten Mal nacheinander starke Ernteausfälle hingenommen werden.

28% Müller-Thurgau

Von der gesamten Weinmosternte des Jahres 1981 entfielen in Rheinland-Pfalz rund 1,5 Mill. hl oder 28% auf Müller-Thurgau, 1,2 Mill. hl (23%) auf Riesling und 602 000 hl (11%) auf Silvaner. Die Rebsorte Morio-Muskat brachte 332 000 hl, Kerner 296 000 hl, Scheurebe 255 000 hl und Blauer Portugieser 222 000 hl. Für alle übrigen Rebsorten verblieben rund 900 000 hl oder 17% der Gesamtmenge. Auf Landesebene waren bei allen Rebsorten im Vergleich zum Vorjahr beträchtliche Ertragssteigerungen zu verzeichnen. Das höchste Mostgewicht erbrachte die Rebsorte Ortega mit 90° Öchsle. Es folgten Roter Traminer mit 87°, Huxelrebe, Ruländer und Optima mit jeweils 84° sowie Weißer Burgunder mit 81° und Blauer Spätburgunder mit 80° Öchsle. Müller-Thurgau und Silvaner kamen auf 72° und Riesling auf 70° Öchsle. Im nördlichen Landesteil mußte insbesondere der Riesling infolge der regnerischen und kalten Witterung in der zweiten Oktoberhälfte vorzeitig gelesen werden, so daß die Beeren nicht weiter reifen konnten. Die früher reifenden Neuzüchtungen hatten bereits Ende September durch das günstige Spätsommerwetter nahezu überall einen hohen Reifegrad erreicht.

Infolge der Frostschäden im Frühjahr fielen die Hektarerträge der einzelnen Rebsorten regional sehr unterschiedlich aus. Müller-Thurgau brachte im Bereich Südliche Weinstraße 129 hl je Hektar, in den Bereichen Saar-Ruwer und Schloß Böckelheim dagegen nur 47 bzw. 51 hl. In anderen Bereichen der Mosel (Bernkastel und Zell) lieferte er mit 104 bzw. 108 hl durchaus zufriedenstellende Flächenleistungen. Unter den zahlreichen Rebsorten und Bereichen wurde für den Blauen Portugieser an der Ahr mit 23 hl der geringste Hektarertrag ermittelt. Die Flächenerträge des Rieslings lagen zwischen 121 hl in Bernkastel,

106 hl in Zell sowie 102 hl im Bereich Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße und 46 hl sowie 52 hl in den Bereichen Schloß Böckelheim und Bacharach.

Starke Frostschäden auch in der Obstblüte

Im Frühjahr 1981 setzte die Blüte des Obstes bereits Ende März bei Aprikosen ein. Mitte der ersten Aprildekade folgten Süßkirschen, Birnen und Frühpflaumen und Ende der ersten Aprilhälfte in den Niederungsgebieten auch Äpfel und Sauerkirschen. In höheren Lagen erblühten die Apfelhochstämme Ende der ersten Maidekade. Infolge der Nachtfröste in der zweiten Aprilhälfte und Anfang Mai entstanden vor allem an Süß- und Sauerkirschen, Äpfeln, Pflaumen und Zwetschen ganz erhebliche Schäden. Weitere Ausfälle traten, wenn auch in geringerem Umfang, bei Birnen, Mirabellen, Renekloden und Pfirsichen ein. Bei früheren Arten und Sorten, deren Blüte bereits Mitte April beendet war, wurden teilweise die Fruchtansätze geschädigt. Verschont blieben lediglich die Obstbäume in höheren und Nebelagen, die erst Anfang Mai blühten. Vergleichbare Frostschäden hat es in Rheinland-Pfalz zuletzt 1957 gegeben, als im Frühjahr ähnliche Witterungsverhältnisse herrschten wie 1981.

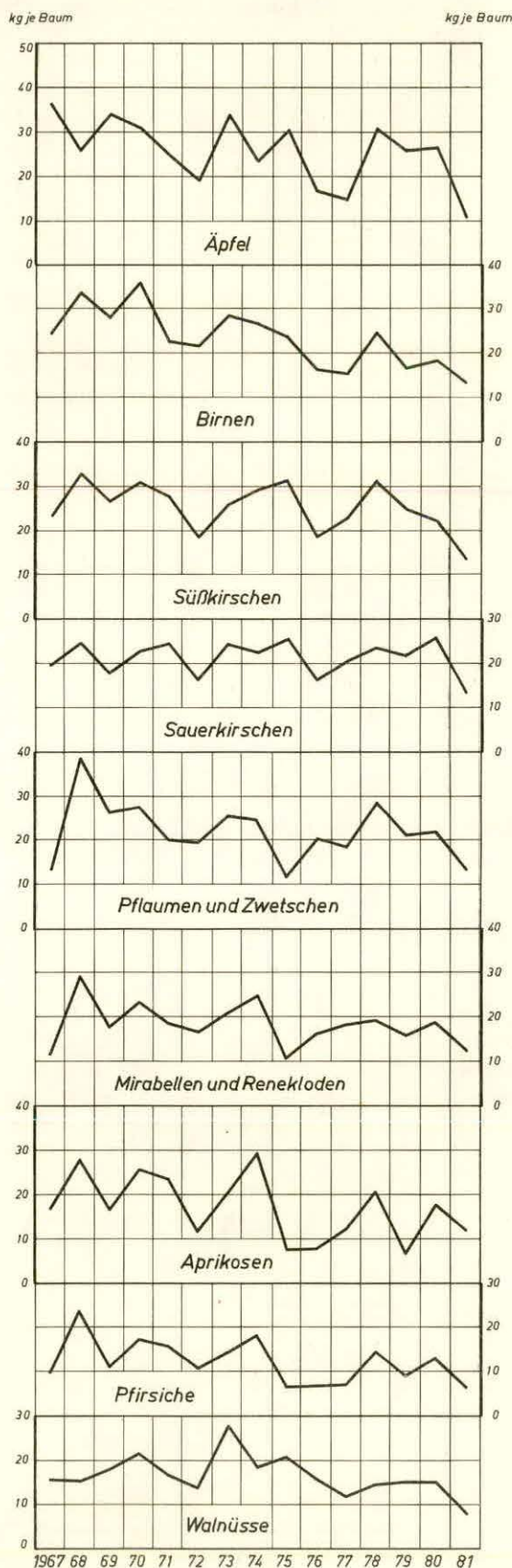
Im weiteren Verlauf gestaltete sich die Witterung für die Entwicklung des Obstes im allgemeinen recht günstig. Ende Juni und Anfang Juli bewirkten jedoch verschiedentlich heftige Gewitterregen einige Schäden an den Süßkirschen und am Beerenobst. Die Ernte der spätreifenden Kernobstsorten wurde ab Mitte Oktober durch kühle und niederschlagsreiche Witterung behindert.

Bei nahezu allen Obstarten blieben die Erntemengen ganz erheblich unter denen von 1980 und im Mehrjahresdurchschnitt. Lediglich Erdbeeren und Aprikosen brachten zufriedenstellende Erträge. Die Apfelernte belief sich auf 240 000 dt gegenüber 580 000 dt im Jahr vorher. Auf den eigentlichen Marktobstbau entfielen davon 131 000 dt gegenüber 356 000 dt im Vorjahr. Ähnlich hohe Ausfälle gab es ferner bei Süß- und Sauerkirschen, Pfirsichen und Walnüssen. Die Sauerkirschenernte betrug 134 000 dt gegenüber 260 000 im Jahre 1980. Bei Birnen, Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen und Renekloden waren die Ausfälle nicht ganz so groß. Diese Obstarten lieferten immerhin etwa zwei Drittel der vorjährigen Ernte. Auch die Erträge der Strauchbeerenobstarten lagen unter denen in den Vergleichsjahren.

Späte Gemüsearten bringen Rekordergebnisse

Der Gemüseanbau umfaßte nach der 1981 wieder total durchgeführten Erhebung insgesamt 4 900 ha und ging gegenüber den letzten Jahren nur geringfügig zurück. Die größten Anbauflächen wurden für den Kopfsalat (759 ha), Blumenkohl (636 ha) und Spinat (539 ha) festgestellt. Rheinland-Pfalz ist nach wie vor ein führendes Anbauggebiet der Feingemüsearten, wobei die frühen Sorten jeweils eine besondere Rolle spielen. Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Späte Möhren und Dicke Bohnen spielen in Rheinland-Pfalz nur eine untergeordnete Rolle. Insbesondere aus marktpolitischen Gründen unterliegen die zahlreichen Arten in den einzelnen Jahren erheblichen Veränderungen. Im Vergleich zu 1980 wurden insbesondere Blumen-

Baumobsterträge 1967-1981



Gemüseart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	1975/80	1980	1981	1975/80	1980	1981	1975/80	1980	1981
	ha			dt					
Im Freiland									
Weißkohl	230	208	215	394,5	421,4	455,3	90 954	87 501	97 710
Rotkohl	132	125	109	336,5	354,3	370,5	44 591	44 218	40 393
Wirsing	124	120	111	263,9	272,8	288,2	32 707	32 829	31 916
Grünkohl	15	25	13	166,5	168,1	171,1	2 568	4 244	2 175
Rosenkohl	51	56	49	114,3	117,2	125,4	5 842	6 570	6 146
Blumenkohl	581	666	636	258,5	261,5	257,8	150 219	174 103	163 835
Kohlrabi	168	165	145	224,6	229,6	253,7	37 722	37 865	36 802
Kopfsalat	764	818	759	196,9	197,7	226,3	150 437	161 794	171 632
Spinat	527	557	539	165,2	178,0	180,0	87 125	99 266	97 070
Möhren	262	260	296	299,5	307,5	300,6	78 313	79 899	88 931
Karotten	123	129	167	243,9	255,3	243,1	30 063	32 820	40 697
Sellerie	184	199	160	279,1	284,9	349,8	51 356	56 803	56 131
Porree	137	146	135	250,0	265,2	282,1	34 293	38 689	38 056
Speisezwiebeln	330	366	397	241,7	253,4	320,6	79 680	92 626	127 134
Spargel	496	442	321	39,9	38,6	38,2	19 778	17 022	12 273
Frischerbsen	89	74	117	47,7	45,1	46,3	4 264	3 335	5 443
Grüne Pflückbohnen	289	246	223	103,6	104,2	104,2	29 927	25 619	23 219
Dicke Bohnen	6	4	7	114,1	115,8	118,4	692	500	799
Gurken	77	69	56	186,5	168,6	229,8	14 432	11 562	12 901
Tomaten	117	78	38	363,9	310,2	364,9	42 686	24 356	13 985
Unter Glas (kg je qm)	41,85	36,02	43,27	6,0	5,5	5,3	2 498	1 980	2 276

kohl, Kopfsalat und Spargel eingeschränkt, während Karotten und Speisezwiebeln eine Erweiterung erfuhr. Unter den neueren Gemüsearten hat der Chinakohl inzwischen 64 ha erreicht. Die Anbaufläche unter Glas betrug insgesamt 43 ha gegenüber 36 ha im letzten Jahre. Diese Flächen, die vorwiegend durch Hochglas vor Witterungseinflüssen geschützt sind, wurden hauptsächlich mit Kopfsalat, Kohlrabi, Radies und Tomaten bepflanzt.

Der Schwerpunkt des Gemüseanbaus liegt in den klimatisch begünstigten Gebieten zwischen Ludwigshafen, Frankenthal und Germersheim auf hervorragenden Böden, die größtenteils künstlich beregnet werden können. In der Stadt Ludwigshafen wurden 595 ha und in Frankenthal 394 ha nachgewiesen. Der Landkreis Ludwigshafen kam auf 2 340 ha, Germersheim auf 775 ha und die Südliche Weinstraße auf 148 ha. Weitere Anbaugelände befinden sich in der kreisfreien Stadt Mainz sowie in den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms mit insgesamt 350 ha Anbauflächen. Außerhalb von Rheinhessen-Pfalz gab es insgesamt nur 150 ha Gemüseflächen, hauptsächlich in den Räumen um Koblenz, Ahrweiler, Bad Kreuznach, Trier und Wittlich. In der Stadt und im Landkreis Ludwigshafen lagen die größten Anbauflächen für Blumenkohl, Kopf-

salat, Spinat, Zwiebeln, Karotten, Grünen Bohnen, Frischerbsen und Tomaten. Im Landkreis Germersheim wurden hauptsächlich Kopfsalat, Möhren und Karotten, Sellerie, Porree, Spargel und Gurken angebaut. Schwerpunkte des Spargelanbaus sind die Stadt Mainz und der Landkreis Mainz-Bingen.

Frühgemüse konnte bis Mitte März unter Folie verbreitet ausgepflanzt werden. Es entwickelte sich zunächst sehr rasch, wurde jedoch von Mitte April bis Anfang Mai durch kühle Witterung beträchtlich behindert. Bei den bereits bis Mitte Mai geernteten frühen Arten Spinat, Kopfsalat, Karotten und Spargel blieben die Erträge hinter den Erwartungen zurück. Im weiteren Verlauf gestaltete sich jedoch die Witterung für die Entwicklung der Gemüsekulturen bis etwa Anfang Oktober sehr vorteilhaft.

Zahlreiche Gemüsearten lieferten 1981 Hektarerträge, die deutlich über denen von 1980 und im Mehrjahresdurchschnitt 1975/80 lagen. Hierzu gehörten insbesondere Weißkohl, Kohlrabi, Kopfsalat, Sellerie, Speisezwiebeln, Gurken und Tomaten. Etwa auf gleicher Höhe bzw. nur geringfügig darunter blieben Blumenkohl, Spinat, Möhren, Karotten, Spargel, Frischerbsen und Grüne Pflückbohnen. Insbesondere die erst im Herbst reifenden Arten brachten Flächenleistungen, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen waren. Dies gilt vor allem für Sellerie, Porree, Speisezwiebeln und Gurken, aber auch für Kopfsalat.

Die größte Erntemenge lieferte 1981 der Kopfsalat mit 172 000 dt. Er übertraf damit die vorjährige Menge um rund 10 000 dt und die im mehrjährigen Durchschnitt um gut 20 000 dt. Es folgten Blumenkohl mit 164 000 dt und Speisezwiebeln mit 127 000 dt. Da vor allem bei den späten und auch lagerfähigen Gemüsearten hohe Ernten anfielen, war im Laufe des Winters im allgemeinen ein reichliches Gemüseangebot gegeben.

Dr. J. Töniges

Obsternte 1975/80, 1980 und 1981

Obstart	1975/80	1980	1981
	dt		
Äpfel	523 104	581 089	241 284
Birnen	114 251	107 215	76 432
Süßkirschen	82 984	71 543	43 147
Sauerkirschen	220 607	260 173	133 602
Pflaumen und Zwetschen	180 099	193 249	117 553
Mirabellen und Renekloden	39 072	44 450	28 846
Aprikosen	9 353	13 278	8 827
Pfirsiche	27 717	38 326	19 309
Walnüsse	7 695	7 461	3 978
Erdbeeren	9 991	9 076	8 899

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 632	3 639	3 644	3 643	3 642	3 643	3 643
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 896	1 939	1 910	1 206	1 801	2 084 ^p	1 794 ^p	1 242 ^p	1 737 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	6,2	4,0	5,8	7,0 ^p	5,8 ^p	4,1 ^p	5,6 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 900	3 104	3 028	2 967	3 073	3 440 ^p	2 990 ^p	2 944 ^p	3 065 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,2	9,8	9,9	9,9	11,5 ^p	9,7 ^p	9,8 ^p	9,9 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 592	3 631	3 789	3 706	3 686	3 430 ^p	3 658 ^p	3 879 ^p	3 942 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,9	12,0	12,2	12,4	11,9	11,5 ^p	11,8 ^p	13,0 ^p	12,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	36	40	39	51	38	39 ^p	39 ^p	29 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,6	12,9	12,4	17,1	12,2	11,9 ^p	12,4 ^p	9,7 ^p	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)	Anzahl	— 692	— 527	— 761	— 739	— 613	10 ^p	— 668 ^p	— 935 ^p	— 877 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 2,3	— 1,7	— 2,5	— 2,5	— 2,0	0,0 ^p	— 2,2 ^p	— 3,1 ^p	— 2,8 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 947	8 551	10 915	7 090	6 453	8 737	10 271
Ausländer	Anzahl	2 253	2 603	2 882	1 849	1 358	2 361	2 377
Erwerbspersonen	Anzahl	4 182	4 621	5 287	3 679	3 582	4 726	5 081
* Fortgezogene	Anzahl	7 110	7 250	9 434	7 348	6 708	8 863	9 546
Ausländer	Anzahl	1 500	1 586	1 765	1 617	1 627	2 072	1 944
Erwerbspersonen	Anzahl	4 014	4 208	4 855	4 145	3 896	5 008	5 104
* Wanderungssaldo	Anzahl	837	1 301	1 481	— 258	— 255	— 126	725
Ausländer	Anzahl	754	1 017	1 117	232	— 269	289	433
Erwerbspersonen	Anzahl	168	414	432	— 466	— 314	— 282	— 23
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 515	11 176	13 852	10 296	9 991	12 435	13 472
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	48 262	50 144	49 964	55 699	69 441	68 405	74 175	81 966	97 650
* Männer	Anzahl	23 121	24 008	22 091	26 423	38 199	32 176	35 781	41 601	55 125
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 396	1 236	728	874	4 203	1 047	1 103	1 350	4 813
Bauberufe	Anzahl	2 064	2 421	2 007	3 056	4 598	3 464	4 231	5 583	7 751
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 031	17 979	17 550	20 274	25 798	25 146	27 240	30 899	36 952
Arbeitslosenquote	%	3,7	3,8	3,8	4,2	5,2	5,1	5,6	6,2	7,3
Offene Stellen	Anzahl	15 375	15 683	14 175	12 546	11 317	9 556	8 319	7 206	6 666
Männer	Anzahl	10 052	10 047	9 004	7 932	7 030	6 266	5 365	4 540	4 062
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	587	485	559	409	344	487	398	397	349
Bauberufe	Anzahl	1 366	1 029	899	640	432	682	518	326	233
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 198	6 281	5 381	4 666	4 081	3 300	2 833	2 261	2 031
Kurzarbeiter	Anzahl	4 731	8 558	13 152	14 720	16 403	18 989	22 749	24 696	26 306
Männer	Anzahl	3 095	6 245	9 202	11 034	12 384	13 963	16 345	18 673	19 913
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	673	.	.	673	.	.	.	655 ^p
* Milchkühe	1 000	236	235	.	.	235	.	.	.	228 ^p
* Schweine	1 000	687	695	.	.	695	.	.	.	644 ^p
* Mastschweine	1 000	238	243	.	.	243	.	.	.	222 ^p
* Zuchtsauen	1 000	79	78	.	.	78	.	.	.	74 ^p
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	51	49	.	.	49	.	.	.	48 ^p
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	15 621	16 413	19 258	18 313	18 784	17 473	19 392	18 284	18 098
* Kälber	Anzahl	393	369	333	329	427	314	331	307	427
* Schweine	Anzahl	109 399	113 707	119 004	115 385	124 665	103 765	112 989	121 858	112 678
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 917	12 411	11 859	20 118	21 464	7 453	10 192	18 777	18 500
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	13 593	14 061	15 205	14 657	15 612	13 217	14 605	14 991	14 174
* Kälber	t	4 633	4 806	5 517	5 215	5 436	4 892	5 439	5 097	5 158
* Schweine	t	38	36	36	35	42	31	32	27	39
	t	8 836	9 134	9 556	9 312	9 998	8 197	9 028	9 761	8 868
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	49	59	.	.	36	28	39	47	46
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	76	67	69	75	72	66	69
* an Molkereien und Händler geliefert	%	94,2	95,0	94,3	93,5	94,2	95,3	94,1	93,5	94,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	11,1	10,4	9,5	9,5	10,6	9,9	9,4	9,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 893	2 899	2 901	2 899	2 899	2 891	2 891	2 890	2 890
* Beschäftigte	1 000	392	392	399	397	395	393	392	391	388
* Arbeiter ²⁾	1 000	278	282	283	282	279	277	276	275	272
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 261	40 135	43 989	40 181	36 863	41 321	41 342	40 716	36 289
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 006	1 082	1 072	1 276	1 369	1 068	1 098	1 344	1 436
* Löhne	Mill. DM	618	664	683	763	795	656	688	800	830
* Gehälter	Mill. DM	388	418	389	513	574	412	410	544	606
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	76	82	84	95	94	85	92	96	101
* Gasverbrauch	Mill. cbm	143	148	167	160	156	180	177	172	185
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	173	162	168	182	109	138	150	160
* leichtes Heizöl	1 000 t	28	23	23	26	28	14	19	22	26
* schweres Heizöl	1 000 t	171	150	139	142	154	95	119	128	131
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 009	992	1 030	973	948	991	1 030	996	947
* Stromerzeugung	Mill. kWh	274	258	228	256	261	194	211	236	249
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 478	5 996	6 497	5 804	6 322	6 533	6 631	6 461	6 708
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 599	1 817	1 911	1 728	2 235	2 310	2 360	2 332	2 682
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	133	134	139	143	128	137	142	149 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	137	138	142	146	136	139	145	152 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	134	135	139	142	131	138	142	148	133 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	134	129	130	128	112	135	135	134	120 ^P
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	105	119	110	72	118	111	111	87 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	135	123	120	120	112	126	125	123	113 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	138	145	156	162	164	144	160	179	166 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	140	144	151	171	208	146	161	200	198 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	123	126	128	136	115	123	127	135	110 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	63	61	66	65	50	68	69	67	51 ^P
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	151	155	159	173	170	166	158	165	164 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	111	115	125	129	83	125	125	137	...
Handwerk ⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	106	104	.	.	103	103
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	121	133	.	.	155	133
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	307	310	359	371	377	245	348	375	...
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 060	2 123	2 274	2 336	2 386	2 088	2 362	2 328	...
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	799	870	971	1 024	1 001	860	992	952	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 550	1 545	1 641	1 661	1 740	1 456	1 696	1 728	...
* Gaserzeugung	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,2	0,0	0,1	0,2	...
Gasbezug	Mill. cbm	300	310	315	372	405	247	322	353	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	281	283	296	346	375	238	301	326	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	73 875	75 413	76 109	75 743	74 988	75 302	74 600	74 376	72 742
Facharbeiter	Anzahl	40 132	40 026	40 330	40 230	39 756	39 780	39 046	39 306	38 104
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 970	17 596	17 654	17 353	17 046	17 450	17 519	16 979	16 767
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 665	9 412	11 134	9 439	6 296	10 746	10 438	9 814	6 093
Privater Bau	1 000	5 950	5 969	6 907	5 897	4 301	6 600	6 535	6 150	4 139
* Wohnungsbau	1 000	4 036	3 932	4 491	3 750	2 727	4 243	4 152	3 997	2 644
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	76	71	103	74	33	99	125	86	36
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 838	1 966	2 313	2 073	1 541	2 258	2 258	2 067	1 459
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 715	3 443	4 227	3 542	1 995	4 146	3 903	3 664	1 954
Hochbau	1 000	766	707	856	760	450	820	850	865	496
Tiefbau	1 000	2 949	2 736	3 371	2 782	1 545	3 326	3 053	2 799	1 458
Straßenbau	1 000	1 687	1 486	1 907	1 512	830	1 834	1 668	1 538	812
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	178	200	212	155	202	198	232	162
* Löhne	Mill. DM	143	154	176	181	128	177	172	198	133
* Gehälter	Mill. DM	23	24	24	31	27	25	26	34	29
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	433	552	705	671	787	619	654	641	632

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. -

3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlens koks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. -

5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 336	1 304	1 151	1 086	751	1 009	893	938	566
* mit 1 Wohnung	Anzahl	1 016	945	794	765	488	658	536	605	366
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	265	297	285	261	219	292	292	244	143
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	62	72	60	44	59	65	89	57
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 306	1 311	1 218	1 111	804	1 042	968	1 048	640
* Wohnfläche	1 000 qm	212	210	197	185	130	170	165	168	103
* Wohnräume	Anzahl	9 912	9 857	9 286	8 605	5 918	7 991	7 816	7 986	4 886
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	314	340	326	308	221	299	287	304	187
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	5	8	7	2	3	2	3	7
Unternehmen	Anzahl	198	200	165	211	80	136	142	148	100
Private Haushalte	Anzahl	1 135	1 100	978	868	669	870	749	787	459
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	218	226	253	197	168	207	196	196	141
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	879	868	1 007	569	818	1 108	879	725
* Nutzfläche	1 000 qm	147	157	158	189	99	147	176	132	143
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	122	166	149	276	96	131	256	140	160
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	31	39	46	40	34	26	30	25	19
Unternehmen	Anzahl	136	157	184	143	119	180	164	169	119
Private Haushalte	Anzahl	51	31	23	14	15	1	2	2	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 076	2 224	2 332	2 215	1 414	1 847	1 935	1 972	1 176
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 552	1 807	1 986	1 719	2 023	2 439	2 549	2 228	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	89	104	118	99	107	126	146	132	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 463	1 703	1 868	1 620	1 916	2 313	2 403	2 096	...
* Rohstoffe	Mill. DM	15	17	20	18	15	21	27	20	...
* Halbwaren	Mill. DM	101	98	100	80	116	115	160	142	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 347	1 588	1 748	1 523	1 785	2 177	2 216	1 934	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	492	536	564	485	524	627	646	605	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	855	1 052	1 184	1 038	1 261	1 549	1 570	1 328	...
Nach ausgewählten Verbrauchsändern										
* EG-Länder	Mill. DM	760	837	920	780	800	928	1 017	958	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	129	136	147	123	140	141	177	150	...
Dänemark	Mill. DM	31	30	31	27	25	38	32	37	...
Frankreich	Mill. DM	214	250	282	240	251	289	288	283	...
Griechenland	Mill. DM	19	19	17	17	18	21	24	21	...
Großbritannien	Mill. DM	110	115	121	109	105	141	150	146	...
Irland	Mill. DM	8	7	7	10	5	9	8	9	...
Italien	Mill. DM	125	154	177	149	142	161	170	172	...
Niederlande	Mill. DM	124	126	137	105	114	128	169	140	...
Österreich	Mill. DM	71	86	102	86	83	104	109	98	...
Schweiz	Mill. DM	72	85	96	88	93	102	99	95	...
USA und Kanada	Mill. DM	81	80	82	70	89	106	135	102	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	275	395	444	373	561	822	817	648	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	89	101	98	107	141	73	71	68	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 132	1 412	1 452	1 403	1 427	1 604	1 616	1 563	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	155	168	192	161	184	190	206	201	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	977	1 244	1 260	1 241	1 243	1 414	1 411	1 361	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	605	712	739	699	743	799	820	828	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	154	179	185	182	173	175	214	185	...
Dänemark	Mill. DM	10	12	14	13	11	15	15	13	...
Frankreich	Mill. DM	166	199	211	189	209	202	211	221	...
Griechenland	Mill. DM	4	7	9	6	5	6	6	7	...
Großbritannien	Mill. DM	32	54	56	47	72	42	49	58	...
Irland	Mill. DM	3	6	11	6	5	3	4	3	...
Italien	Mill. DM	101	108	122	119	102	157	153	137	...
Niederlande	Mill. DM	135	147	131	137	166	199	168	205	...
Österreich	Mill. DM	34	48	50	44	46	52	41	39	...
Schweiz	Mill. DM	21	23	24	29	19	26	33	31	...
USA und Kanada	Mill. DM	74	100	106	81	94	113	124	119	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	272	393	378	413	370	404	355	238	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	41	44	64	56	61	106	122	153	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	108	108	108	107
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	208	220	236	232	288
Waren verschiedener Art	1970 = 100	226	241	248	261	350
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	201	220	230	220	264
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	182	195	244	233	288
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	217	224	259	268	348
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	189	204	206	264	440
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	209	198	199	178	183
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	139	148	145	179
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	140	148	156	148	176
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	113	115	142	135	166
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	143	138	157	161	209
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	141	139	139	177	296
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	142	127	128	114	117
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	97	97	101	93	87
Teilbeschäftigte	1970 = 100	134	136	142	129	119
* Umsatz	1970 = 100	148	153	181	131	138
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	164	172	229	133	135
Gaststättengewerbe	1970 = 100	136	140	146	130	141
Fremdenverkehr 1) in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	407	420	656	269	190
* Ausländer	1 000	69	76	83	29	22
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 529	1 566	2 149	854	764
* Ausländer	1 000	210	242	242	77	82
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 656	1 613	1 773	1 425	1 386	1 579	1 799	1 595	...
* Güterversand	1 000 t	1 498	1 502	1 776	1 349	1 214	1 559	1 583	1 288	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 383	13 420	12 885	10 029	8 712	11 750	12 648	10 636	9 048
Krafträder und Motorroller	Anzahl	642	740	191	102	119	1 053	731	499	409
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	12 575	11 516	11 466	9 035	7 753	9 773	10 994	9 360	7 958
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	689	706	562	536	537	532	437	341
Zugmaschinen	Anzahl	375	367	408	253	220	306	311	248	266
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 152	9 237	10 441	9 581	10 018	9 408	10 504	9 445	11 425
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 898	1 931	2 094	1 763	1 541	2 165	1 942	1 800	1 375
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 253	7 306	8 347	7 818	8 477	7 243	8 562	7 645	10 050
Verunglückte Personen	Anzahl	2 650	2 676	2 862	2 474	2 125	2 909	2 613	2 426	1 897
* Getötete	Anzahl	67	70	81	54	46	62	59	68	37
Pkw - Insassen	Anzahl	34	34	39	25	20	34	25	34	24
Fußgänger	Anzahl	14	15	18	19	15	7	9	21	9
* Verletzte	Anzahl	2 583	2 606	2 781	2 420	2 079	2 847	2 554	2 358	1 860
Pkw - Insassen	Anzahl	1 481	1 477	1 533	1 624	1 449	1 462	1 526	1 439	...
Fußgänger	Anzahl	268	259	292	248	268	217	240	270	...
Schwerverletzte	Anzahl	830	835	851	734	613	868	754	716	522
Pkw - Insassen	Anzahl	427	417	412	451	382	390	415	400	...
Fußgänger	Anzahl	118	118	131	126	128	85	111	126	...

1) Ab 1.1.1981 in Betrieben mit über 9 Betten in allen Gemeinden.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	52 902	58 422	57 071	57 813	58 422	62 439	62 697	63 066	63 997
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	51 851	57 122	55 813	56 551	57 122	61 079	61 256	61 632	62 594
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	42 125	46 964	45 731	46 326	46 964	50 010	50 104	50 279	51 189
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 726	10 157	10 082	10 226	10 157	11 069	11 151	11 353	11 405
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	11 102	12 527	12 075	12 452	12 527	13 686	13 546	13 577	14 184
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	10 786	12 163	11 695	12 076	12 163	13 032	12 929	12 893	13 334
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	316	364	379	376	364	654	617	684	850
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 365	6 955	6 837	6 924	6 955	7 767	7 827	7 948	8 123
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 321	5 918	5 821	5 820	5 918	6 234	6 247	6 276	6 481
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 044	1 037	1 016	1 103	1 037	1 533	1 581	1 671	1 642
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	34 384	37 640	36 902	37 176	37 640	39 626	39 882	40 108	40 286
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	26 018	28 883	28 216	28 429	28 883	30 744	30 928	31 110	31 374
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 366	8 756	8 686	8 747	8 756	8 882	8 954	8 998	8 912
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	45 323	48 947	46 957	47 927	48 947	49 493	49 778	51 203	52 450
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 183	7 299	7 065	8 088	7 299	6 761	6 932	7 859	7 200
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 680	6 793	6 580	7 345	6 793	6 631	6 482	7 254	6 755
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	503	506	485	743	506	430	450	605	445
* Termingelder	Mill. DM	11 866	15 091	14 774	14 601	15 091	18 170	18 299	18 586	18 840
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	10 705	13 717	13 421	13 333	13 717	16 639	16 902	17 177	17 382
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 160	1 374	1 353	1 268	1 374	1 531	1 397	1 409	1 458
* Spareinlagen	Mill. DM	26 275	26 556	25 118	25 237	26 556	24 562	24 547	24 758	26 410
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 201	15 290	14 462	14 535	15 290	14 144	14 143	14 298	15 269
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 202	1 286	1 207	1 127	2 817	1 224	1 261	1 335	3 097
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 147	1 266	1 157	1 009	1 504	1 323	1 275	1 124	1 452
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	35	37	32	43	33	73	48	61	54
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	10 005	13 883	6 123	27 127	10 811	55 937	8 714	18 309	20 933
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	1	2	1	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	834	919	927	984	988	1 013	1 141	1 056	1 013
* Wechselsumme	1 000 DM	5 184	6 823	7 208	9 196	9 192	7 825	7 399	6 582	6 481
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 021 729	1 119 293	798 040	1 188 586	1 789 844	1 203 965	850 366	1 229 194	1 729 262
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	701 283	773 282	445 630	787 474	1 404 151	965 023	464 119	807 749	1 390 168
* Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	416 416	515 079	401 909	702 045	732 745	400 764	417 814	726 343	771 291
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	67 459	108 527	-	312 241	-	-	-	329 917	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	161 587	154 712	30 138	28 517	462 806	385 340	22 070	- 1 547	428 063
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	13 410	16 351	4 154	6 243	12 839	9 827	5 522	4 521	17 739
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	109 870	87 141	9 429	50 669	195 761	169 092	18 713	78 432	173 075
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	1 000 DM	25 899	13 731	-	42 146	-	-	-	54 084	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	320 446	346 011	352 410	401 112	385 693	238 942	386 247	421 445	339 094
* Umsatzsteuer	1 000 DM	221 286	228 992	253 120	277 778	272 130	130 217	254 895	252 199	195 255
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	99 160	117 019	99 290	123 334	113 563	108 725	131 352	169 246	143 839
* Bundessteuern	1 000 DM	137 390	154 241	121 151	150 086	214 379	137 536	150 386	155 075	294 458
* Zölle	1 000 DM	8 624	9 232	8 998	7 099	9 085	8 138	10 238	14 248	11 157
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	126 386	133 812	109 320	140 706	202 554	127 615	137 863	137 306	281 004
* Landessteuern	1 000 DM	72 986	67 563	63 049	90 109	58 086	61 234	61 867	89 653	68 875
* Vermögensteuer	1 000 DM	15 501	14 826	2 057	39 277	6 203	5 847	4 255	40 476	10 810
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	40 047	34 028	43 009	31 466	31 211	37 314	40 040	31 075	31 836
* Biersteuer	1 000 DM	6 242	6 387	6 990	6 090	6 239	7 325	7 114	6 144	6 151
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	468 559	491 895	.	.	443 619	500 493	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 016	8 046	.	.	6 966	8 868	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	69 308	71 639	.	.	60 842	95 447	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	333 622	367 982	.	.	336 995	358 885	.	.	.
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	21 658	5 573	.	.	181	188	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	25 393	27 940	.	.	30 599	27 892	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	683 252	728 650	588 230	761 510	1 126 913	734 178	631 502	790 623	1 207 524
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	309 411	335 700	189 411	338 663	612 174	422 731	198 208	349 398	605 069
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	216 307	233 563	237 883	270 757	260 350	173 913	241 897	284 888	266 979
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	39 785	2 004	40 010	- 2	41 011	1 262	41 018
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	536 057	565 662	429 199	605 219	893 149	620 447	450 945	614 071	892 416
* Anteil an den Steuern v.Einkommen	1 000 DM	308 085	334 313	187 707	336 837	611 443	419 473	197 416	348 108	604 158
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	134 843	149 640	138 658	176 269	183 610	139 742	150 651	175 048	178 365
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	20 143	14 145	39 785	2 004	40 010	- 2	41 011	1 262	41 018
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	593 880	705 455	.	.	717 906	711 210	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	216 181	281 635	.	.	257 699	274 330	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	242 761	299 907	.	.	353 583	295 272	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	110,9	117,0	117,9	118,6	119,3	125,4	125,8	126,4	126,8
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	112,5	113,1	113,8	118,3	119,0	119,8	120,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	121,1	134,1	.	136,9	.	.	.	143,7	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	516	545	550	.	.	583	.	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	554	582	588	.	.	621	.	.	.
* Facharbeiter	DM	586	617	623	.	.	658	.	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	530	555	560	.	.	586	.	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	453	475	483	.	.	505	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	366	388	390	.	.	416	.	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	354	373	373	.	.	401	.	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	12,28	13,08	13,26	.	.	14,06	.	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	12,99	13,80	13,98	.	.	14,79	.	.	.
* Facharbeiter	DM	13,70	14,54	14,74	.	.	15,60	.	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	12,46	13,22	13,39	.	.	14,01	.	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,70	11,37	11,54	.	.	12,21	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	9,20	9,84	9,97	.	.	10,61	.	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	8,88	9,50	9,59	.	.	10,22	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,9	41,7	41,5	.	.	41,5	.	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,5	42,2	42,1	.	.	42,0	.	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,7	39,5	39,1	.	.	39,2	.	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 615	2 819	2 874	.	.	3 026	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 345	2 521	2 565	.	.	2 696	.	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 861	3 085	3 149	.	.	3 268	.	.	.
* männlich	DM	1 856	1 987	2 018	.	.	2 150	.	.	.
* weiblich	DM	3 259	3 515	3 585	.	.	3 762	.	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 337	3 598	3 668	.	.	3 850	.	.	.
* männlich	DM	2 246	2 409	2 475	.	.	2 608	.	.	.
* weiblich	DM	3 028	3 268	3 331	.	.	3 504	.	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 735	2 951	3 005	.	.	3 162	.	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 221	3 490	3 558	.	.	3 740	.	.	.
* männlich	DM	2 165	2 313	2 349	.	.	2 472	.	.	.
* weiblich	DM	3 313	3 572	3 642	.	.	3 824	.	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 381	3 646	3 717	.	.	3 903	.	.	.
* männlich	DM	2 351	2 510	2 567	.	.	2 719	.	.	.
* weiblich	DM	2 114	2 264	2 301	.	.	2 409	.	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 099	2 249	2 286	.	.	2 394	.	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 593	2 778	2 833	.	.	2 899	.	.	.
* männlich	DM	1 693	1 816	1 844	.	.	1 977	.	.	.
* weiblich	DM									

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 359	61 566	61 653	61 670	61 667	61 703	61 719
Eheschließungen 1)	Anzahl	28 735	30 201	32 848	32 561	21 869	34 048 ^P	33 878 ^P	32 753 ^P	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	48 499	51 721	52 861	52 143	48 656	54 525 ^P	55 125 ^P	50 926 ^P	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 311	59 510	55 486	60 315	60 153	57 700 ^P	56 487 ^P	60 040 ^P	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 10 812	- 7 788	- 2 625	- 8 172	- 11 497	- 3 175 ^P	- 1 362 ^P	- 9 114 ^P	...
Arbeitslose	1 000	876	889	823	888	968	1 289	1 256	1 366	1 490
Männer	1 000	417	426	368	400	457	627	616	679	773
Offene Stellen	1 000	304	308	299	275	246	206	176	155	132
Männer	1 000	198	198	193	176	155	127	109	95	79
Kurzarbeiter	1 000	88	137	138	189	264	167	268	367	436
Männer	1 000	59	98	100	132	186	115	180	246	298
Landwirtschaft										
Schweinbestand	1 000	22 374	22 553	.	.	.	23 339	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	364	373	404	417	378	347	375
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	123	122	126	134	105	125	127	132 ^P
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	125	123	127	136	105	126	128	135 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	121	122	121	124	132	103	123	125	131 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	125	122	120	122	125	111	122	122	125 ^P
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	121	124	123	125	137	97	127	128	137 ^P
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	120	122	124	132	93	118	121	126 ^P
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	126	130	124	133	146	126	131	139	145 ^P
Baugewerbe	1970 = 100	109	107	118	118	115	98	116	114	108 ^P
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 608	7 660	7 717	7 686	7 657	7 498	7 514	7 473	7 442
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	771	762	790	840	762	646	760	782	750
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	92 121	99 639	105 725	110 472	100 108	93 991	114 642	114 756	110 675
Auslandsumsatz	Mill. DM	22 131	24 198	26 197	26 420	24 282	24 003	31 156	30 191	29 790
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 878	24 862	22 249	26 114	27 380	20 920	27 874	26 550	...
Gaserzeugung	Mill. cbm	3 780	554	2 840	3 417	3 670	2 921	2 954
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 240	1 263	1 294	1 279	1 265	1 229 ^P	1 226 ^P	1 228 ^P	1 206 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	145	176	182	145	134 ^P	164 ^P	163 ^P	141 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 673	9 374	11 060	11 905	11 562	9 238 ^P	10 476 ^P	11 184 ^P	11 204 ^P
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	18 220	16 378	16 835	17 136	12 873	14 141	13 006	12 389	9 506
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 124	15 191	15 532	15 694	11 762	12 693	11 760	10 977	8 301
Wohnfläche	1 000 qm	3 095	2 926	3 009	3 193	2 392	2 741	2 441	2 499	1 970
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 282	3 239	3 519	3 756	2 945	3 154	2 952	3 202	2 551
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 970	31 718	32 599	35 694	27 042	31 473	28 496	29 810	23 857
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	12 962	14 019	14 681	15 550	13 912	12 517	16 540	17 485	16 538
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 230	2 290	2 274	2 436	2 205	2 001	2 642	2 689	2 586
Dänemark	Mill. DM	570	556	569	568	512	613	682	694	685
Frankreich	Mill. DM	3 333	3 885	3 959	4 314	3 863	3 296	4 546	4 848	4 557
Griechenland	Mill. DM	314	315	302	327	299	339	396	444	365
Großbritannien	Mill. DM	1 753	1 910	1 965	1 848	1 886	1 923	2 331	2 570	2 522
Irland	Mill. DM	109	111	102	111	115	123	147	157	162
Italien	Mill. DM	2 045	2 495	2 632	2 894	2 450	1 801	2 725	2 914	2 742
Niederlande	Mill. DM	2 608	2 773	2 878	3 052	2 583	2 421	3 069	3 168	2 919
Österreich	Mill. DM	1 372	1 605	1 742	1 897	1 607	1 505	1 812	1 972	1 765
Schweiz	Mill. DM	1 367	1 667	1 699	1 896	1 627	1 526	1 824	1 877	1 823
USA und Kanada	Mill. DM	1 935	1 971	1 740	2 026	1 813	1 972	2 530	3 017	2 751
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 757	4 315	4 315	5 044	4 532	5 410	5 962	7 237	6 759
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 570	1 617	1 615	1 556	1 588	1 343	1 370	1 374	1 666

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November		August	September	Oktober	November
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	24 347	28 438	27 873	30 341	28 433	28 199	30 924	32 395	32 174
EG-Länder	Mill. DM	11 976	13 117	12 693	14 262	13 331	12 596	14 739	15 655	15 466
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 951	2 039	1 927	2 118	1 838	1 761	2 206	2 334	2 194
Dänemark	Mill. DM	386	478	504	576	506	452	490	599	587
Frankreich	Mill. DM	2 766	3 049	2 744	3 340	3 082	2 594	3 322	3 421	3 412
Griechenland	Mill. DM	200	230	247	281	211	222	259	285	255
Großbritannien	Mill. DM	1 435	1 906	1 850	2 009	2 238	2 087	2 502	2 413	2 474
Irland	Mill. DM	98	127	133	149	124	107	156	170	139
Italien	Mill. DM	2 150	2 257	2 076	2 420	2 074	2 068	2 271	2 453	2 352
Niederlande	Mill. DM	2 990	3 261	3 211	3 369	3 259	3 306	3 533	3 981	4 053
Österreich	Mill. DM	701	819	908	940	816	733	931	973	934
Schweiz	Mill. DM	886	1 012	1 023	1 103	1 011	842	1 085	1 228	1 194
USA und Kanada	Mill. DM	1 948	2 443	2 183	2 502	2 363	2 455	2 368	2 901	2 518
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 531	5 794	5 905	5 990	5 493	6 393	6 063	5 509	5 729
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 337	1 449	1 612	1 555	1 507	1 730	1 832	1 686	1 966
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	191,6	202,3	194,1	219,1	218,2	188,0 ^P	197,4 ^P	227,4 ^P	224,7 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	160,4	169,8	194,9	178,0	152,1	162,9 ^P
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 305	1 428	1 368	1 380	1 406	1 496	1 508	1 517	1 533 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	999	1 098	1 052	1 060	1 074	1 142	1 152	1 156	1 159 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	306	330	316	320	332	354	356	362	374 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	959	1 011	948	953	980	1 003	1 001	1 009	1 026 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	478	486	459	460	462	454	452	456	454 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	21 262	22 814	29 628	18 848	18 855	19 295	29 335	19 254	18 824 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	13 445	14 488	22 768	10 195	9 595	10 927	22 105	10 196	9 682 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	8 089	9 297	9 387	9 219	8 978	10 185	9 698	9 442	9 313 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 129	3 066	8 422	578	295	- 147	7 837	301	124 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 017	7 787	6 852	7 442	8 869	8 029	7 227	7 916	8 741 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 250	4 404	3 922	4 009	5 281	4 336	3 908	4 122	4 953 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 723	3 838	3 823	3 729	3 951	3 985	4 063	3 958	3 945 ^P
Zölle	Mill. DM	343	384	375	419	415	396	462	430	413 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 185	3 243	3 288	3 129	3 338	3 315	3 418	3 333	3 315 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	106,0	112,7	112,6	113,2	114,9	123,4	124,2	124,4	124,5 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	96,9	99,3	97,2	98,8	101,1	103,3	107,0	108,4	110,4 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	108,9	117,1	117,7	118,7	119,5	128,0	128,2	129,0	129,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	120,8	133,7	.	.	136,4	142,7	.	.	142,9
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	121,1	134,1	.	.	136,9	143,4	.	.	143,7
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	120,8	136,2	.	.	138,0	141,0	.	.	138,9
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	110,9	117,0	117,7	117,9	118,6	124,8	125,4	125,8	126,4
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	112,9	112,5	113,1	117,9	118,3	119,0	119,8
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	122,1	122,6	123,2	127,0	127,9	128,6	129,5
Wohnungsmiete	1976 = 100	109,8	115,4	116,5	116,7	117,0	121,3	121,7	122,2	122,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	134,7	137,6	141,1	162,9	164,7	163,8	166,0
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	117,4	118,1	119,1	123,5	124,0	124,8	126,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	110,0	116,8	117,8	117,8	117,9	127,9	128,9	128,3	127,7
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	112,6	119,1	120,4	120,8	121,3	126,7	127,3	127,9	128,3
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	106,1	108,9	109,4	109,9	110,1	113,1	114,0	114,8	115,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	114,5	123,2	125,5	125,7	126,3	132,9	133,1	133,7	133,7

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ludwigshafen: Fast 50% mehr Mineralölerzeugnisse umgeschlagen

Im größten rheinland-pfälzischen Binnenhafen Ludwigshafen wurden im Jahre 1981 insgesamt 7,8 Mill. t Güter umgeschlagen. Damit konnte der Stand von 1980 gehalten werden. Der Umschlag von Mineralölerzeugnissen erhöhte sich um fast 50%. Auch landwirtschaftliche Erzeugnisse und feste mineralische Brennstoffe wurden in Ludwigshafen mehr umgeschlagen als im Vorjahr. pf

Gütertransporte auf der Mosel rückläufig

Die Koblenzer Moselschleuse passierten im Jahre 1981 rund 12 000 Güterschiffe. Das sind 2 100 oder 15% weniger als im Vorjahr. Die Schiffe transportierten mehr als 10 Mill. t Güter (— 12%). Die rückläufige Entwicklung ist maßgeblich auf die außerordentlich starke Einbuße beim Transport von Mineralölerzeugnissen (— 25%) zurückzuführen. Unter den auf der Mosel beförderten Gütern steht die Kohle an der Spitze, die etwa ein Viertel aller Ladungen ausmachte. pf

Viel Blechschaden, aber weniger Verkehrstote im Dezember 1981

Trotz winterlicher Straßenverhältnisse ist die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten in Rheinland-Pfalz weiter rückläufig. Im Dezember 1981 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 11 425 Verkehrsunfälle, soviel wie nie zuvor in einem einzigen Monat. Neun von zehn Unfällen führten nur zu Blechschaden. Die Zahl der Personenschadensunfälle war um 11% geringer als im Dezember 1980. Insgesamt 37 Personen kamen ums Leben (— 20%), weitere 1 860 Verkehrsteilnehmer wurden verletzt (— 11%). Von den neun tödlich verunglückten Fußgängern waren acht älter als 60 Jahre. gz

Neuzulassungen von Motorrädern fast verdoppelt

Im Jahre 1981 wurden in Rheinland-Pfalz fast doppelt so viele fabrikneue Krafträder für den Verkehr zugelassen wie 1980. Ihre Zahl erhöhte sich um 81% auf über 16 000. Dagegen gingen die Neuzulassungen von Personenwagen und Kombis um 3,4% zurück, die der Nutzfahrzeuge um 18%. Für Lastkraftwagen wurde eine Abnahme von 21% festgestellt. gz

Erbschaften machten im Durchschnitt 41 000 DM aus

Die Erbschaftsteuer erfaßt die Erwerbe von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen und den Vermögensübergang auf eine

Familienstiftung. Vom Steueraufkommen her ist sie eine relativ unbedeutende Steuer; sie erbrachte in den Jahren 1967 bis 1978 insgesamt 244 Mill. DM. In dieser Zeit wurden 52 165 Erwerbe, bei denen die Steuerschuld vor dem 1. Januar 1974 entstanden war, mit einem Gesamtbetrag von 2 138 Mill. DM veranlagt. Im Schnitt hatte also jeder Erbe bzw. Beschenkte einen Vermögenszuwachs von 41 000 DM.

Nach Inkrafttreten der Erbschaftsteuerreform zum 1. Januar 1974 wurden von den rheinland-pfälzischen Finanzämtern insgesamt 15 206 Erwerbe von Todes wegen und 3 431 Schenkungen unter Lebenden mit einem Gesamtwert von 650 bzw. 174 Mill. DM veranlagt.

In vier von fünf Fällen hatten die Erwerbe einen Wert von weniger als 50 000 DM. Nur 0,9% aller Veranlagungen, die in den Jahren 1967 bis 1978 nach altem Recht durchgeführt wurden, entfielen auf Erwerbe von 500 000 DM und mehr, wobei der Durchschnittswert der Vermögensübertragungen mit 1,3 Mill. DM allerdings relativ hoch war.

Die Nachlaßstatistik zeigt auch, in welchem Umfang durch den Erwerbsvorgang Vermögen aufgelöst wurden. Der Durchschnittswert der 123 Millionen-Nachlassse betrug 2 758 000 DM. Diese Großvermögen fielen 504 steuerbelasteten Erben zu, von denen 98 Erbschaften von jeweils mehr als 1 Mill. DM antraten. Im Schnitt betrug deren Vermögenszuwachs sogar 2 307 000 DM. Trotz des Erbübergangs blieb das Vermögen also fast vollständig erhalten. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 38

Starke Ausfälle bei der Obsternte

Die rheinland-pfälzische Weinmosternte 1981 erbrachte insgesamt 5,3 Mill. hl. Sie übertraf damit die vorjährige um knapp 2 Mill. hl, war aber die drittkleinste Erntemenge der letzten zehn Jahre. Der Hektarertrag betrug 91,7 hl gegenüber 57,4 hl im Vorjahr und 95,2 hl im Sechsjahresdurchschnitt 1975/80. Insbesondere an Ahr, Mittelrhein, Oberrhein, Saar-Ruwer und Nahe entstanden durch Frostschäden starke Ausfälle. Zufriedenstellende Erträge gab es in der Rheinpfalz.

Infolge des günstigen Spätsommerwetters fiel die Qualität des Jahrgangs überwiegend gut aus. Bei einem durchschnittlichen Mostgewicht von 73 Grad Oechsle waren 43% der Ernte für die Verarbeitung zu Prädikatswein und 55% für Qualitätswein geeignet.

An Äpfeln, Süß- und Sauerkirschen konnten nur etwa halb soviel geerntet werden wie 1980. Auch bei den übrigen Obstarten gab es merkliche Verluste. Dagegen lieferten die späten Gemüsearten Hektarerträge, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen waren. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 43

Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb in benachteiligten Gebieten

Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb (37%) in Rheinland-Pfalz hatte 1979 seinen Standort in den von der Natur benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten mit ungünstigen Klima- und Bodenverhältnissen. Die Produktion dieser insgesamt 27 800 Betriebe war zur Hälfte vorwiegend auf den Futterbau und die Rindviehhaltung ausgerichtet. In den nicht benachteiligten Regionen macht dieser Anteil 13% aus.

Zwei von drei Rindern bzw. Milchkühen standen in den Ställen dieser Betriebe. Mehr als die Hälfte ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche bestand aus Dauergrünland. In den nicht benachteiligten Gebieten betrug der Dauergrünlandanteil etwa ein Drittel. lx

Mehr Pachtland in der Landwirtschaft

Der Pachtlandanteil in der Landwirtschaft hat sich in den letzten zehn Jahren von 39 auf 45% erhöht. Nahezu zwei von drei landwirtschaftlichen Betrieben bewirtschafteten 1981 neben ihren eigenen auch zugepachtete Flächen. Von den größeren Betrieben mit mehr als 20 ha waren sogar 95% auf Pachtflächen angewiesen; die Zupacht machte hier über die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche aus.

Im Schnitt mußten für ein Hektar Pachtland jährlich 291 DM bezahlt werden. Wegen des in jüngster Zeit zunehmenden Mangels an außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten ist der Pachtpreis seit 1975 um 16% angestiegen. lx

Weniger Kälber und Schweine geschlachtet

Im Jahre 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 1,6 Millionen Tiere geschlachtet, darunter 1,4 Millionen Schweine, 213 000 Rinder und 46 000 Schafe. Während die Zahl der geschlachteten Rinder und Schafe zugenommen hat, waren bei Kälbern und Schweinen nicht unbeträchtliche Rückgänge zu verzeichnen. Rund 49 000 Schlachttiere stammten aus Einfuhren. Die gesamte Schlachtmenge war mit rund 172 200 t um 1,1% geringer als im Jahre 1980. rō

Themen der letzten Hefte**Heft 6/Juni 1981**

Veränderungen im Energieverbrauch
Textil- und Bekleidungsindustrie 1970 bis 1980
Aufnahmeprüfungen an Realschulen und Gymnasien zum Schuljahr 1980/81
Schulartübergreifende Orientierungsstufe 1980/81
Schulbesuch und abgelegte Abschlußprüfungen 1970 bis 1980
Berufsschüler mit Sonderschulabschluß 1974 bis 1980
Bundesweite Vergleichsmöglichkeiten für regionalstatistische Daten
Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft 1979

Heft 7/Juli 1981

Zehn Jahre Krankenhausautomation
Studenten 1980/81
Haushalte und Familien 1980
Straßenverkehrsunfälle 1975 bis 1980
Baulandmarkt 1976 bis 1980

Heft 8/August 1981

Ausbildungsplätze 1981
Bevölkerung 1980
Ernteaussichten für 1981
Struktur der Weinbaubetriebe 1979
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel 1978 bis 1980
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980

Heft 9/September 1981

Behinderte 1980
Wohngeldempfänger 1980
Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1978
Das vermögenssteuerpflichtige Vermögen und seine Besteuerung

Heft 10/Okttober 1981

Medizinische Informatik - ein neues Tätigkeitsfeld der Statistik
Weiterbildung 1980
Entwicklung der Rebsorten 1964 - 1979
Ausbau der Kanalisierung 1963 - 1979
Technischer Wandel in der Bauproduktion

Heft 11/November 1981

Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik
Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980
Wachstumsbranche Straßenfahrzeugbau
Kaufkraft der D-Mark im Ausland
Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980
Auszubildende 1980

Heft 12/Dezember 1981

Wirtschaftliche Entwicklung 1981
Neue Verfahren in der Schulstatistik
Personalkosten im produzierenden Gewerbe 1978
Wohnungsmarktsituation
Schaumweinindustrie

Heft 1/Januar 1982

Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1978
Die Bundespost als Arbeitgeber
Kapazität der Campingplätze 1981
Regionale Entwicklung der Einzelhandelsunternehmen
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1981
Selbstmorde 1971 bis 1980

Themen der folgenden Hefte

Handwerk im Wandel
Kapazität der Fremdenverkehrsbetriebe 1981
Investitionen 1980
Energiepreise 1981
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 30,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet. ISSN 0174-2914.